

## 4 Informale Praktiken gegen Politikinstitutionen

---

Die Analyse der politischen Institutionen ist für die vorliegende Forschungsarbeit insofern bedeutend, weil sie als gesellschaftliche Regulationsmechanismen und als Zentren der Reproduktion der informalen Praktiken der Politik auftreten. In dieser Analyse wird die wichtige Rolle der Institutionen betont. Sie werden jedoch als Resultate der Praktiken, Diskurse und Ideale betrachtet und die Rationalität, die wie in anderen Disziplinen den Institutionen entstammend unterstellt wird, rückt in den Hintergrund. Vielmehr erfordern die politischen, wirtschaftlichen und im Allgemeinen alltäglichen Strategien, dass diese Sphären miteinander verschmolzen werden und so werden die Praktiken und Repräsentationen des Alltags konstituiert.

Um zu verstehen, wie die aktuelle politische Herrschaft in Aserbaidschan seine Form annahm und die Herrschaftsordnung überhaupt zustande kam, ist ein Überblick über die Entwicklung des institutionellen Rahmens der Hauptstaatsinstitute notwendig. Untersucht werden die folgenden Staatsorgane: Präsident, Regierung bzw. Ministerkabinett, Parlament und die Institution der Partei der Macht. Von der Analyse anderer Parteien wird hierbei abgesehen, einerseits, weil sie in der Politik Aserbaidschans letztendlich kaum eine Rolle spielen, andererseits, weil durch die Gewaltenkonfusion die Partei der Macht in die Strukturen der Herrschaft einverlebt wurde.

Für ein möglichst vollständiges Verständnis der autoritären Herrschaft in Aserbaidschan ist eine detaillierte und fallspezifische Analyse vonnöten, die die Informalität in ihrer Mikrodynamik und im breiten Spektrum des politischen Lebens exemplifizieren kann. Darum werden hier die Argumente, die besagen, dass bei solchem Analysevorgang kein systematisches und auch nicht ein an den Kategorien der vergleichenden Politikwissenschaft orientiertes Analyseraster aufscheint,<sup>1</sup> trotz der extensiv erscheinenden Deskriptionen dementiert.

---

1 Pleines (2008), S. 369.

Der politikwissenschaftliche Institutionsbegriff wird im engeren und weiteren Sinne erfasst: im engeren Sinne wird darunter der Staat mit Regierung (Staatsoberhaupt, Kabinett, Ministerien, Parlament, Verwaltung etc.), im weiteren Sinne gesellschaftliche Organisationen (Parteien, Verbände, Massenmedien) und verbindliche, rechtlich normierte gesellschaftliche Verhaltensmuster erfasst.<sup>2</sup> In den Ausführungen Meyers ist eine Institution vordererst eine „Organisation“, die impliziert, dass im Rahmen einer Institution die gemeinsamen Ziele, Ressourcen und Regeln, sowie ihre Strategien formal festgelegt und aufgeteilt werden. Die Institution repräsentiert auch eine kollektive Identität, ist als physischer Ort zu verstehen und legt ein bestimmtes Handeln in einer bestimmten sozialen Umgebung fest. Damit heißt es, dass die Institution eine reale Basis mit verbindlichen Regeln und eine sozial abgegrenzte Existenz aufweisen muss und eigentlich Verschlossenheit und nicht beliebige Beeinflussbarkeit von außen suggeriert. Bei formalen Institutionen verweist Meyer auf explizit formulierte Regeln, Normen, Rechte und Pflichten, die soziale Interaktionen entweder ermöglichen oder limitieren, die zweckdienlich sind und auch die Machtverteilung strukturieren.<sup>3</sup>

In der politikwissenschaftlichen Debatte kommen neuere Theorierichtungen auf, wie man die Politik und Regierungsweise untersuchen kann. An der Seite der Institutionen werden der mikropolitische Prozess, wie Prozesse des Organisierens, Zusammenbauens, Erfahrungen-Sammelns in den Vordergrund gestellt und die relativ-strukturierten Ergebnisse wie politischen Institutionen, Individuen und Organisation als zweitrangig betrachtet.<sup>4</sup> Eine praxeologische Perspektive hinsichtlich des politischen Phänomens gibt Aufschluss darüber, dass die Praktiken als das den Regierungsprozess organisierendes Element zu betrachten sind. Bei der Analyse von Phänomenen wie Institutionen und Praktik und ihrer Wirkungsanalyse durch Informatilität und, um „die Einheit der informalen, impliziten und der formal expliziten Dimension des politischen Handelns zu erhalten“,<sup>5</sup> ist es angebracht, den Regierungsprozess wie „institutionelle Regulative“ und ein institutionelles Rahmen aufzufassen, was wiederum durch mikropolitische Prozesse hervorgebracht wird und schließlich das Handeln im politischen Feld richtunggebend bestimmt bzw. bestimmten Praktiken erlaubt, sich einzunisten.<sup>6</sup> Somit ist eine Regierung „eine Mischform der ausbleibenden Form und permanenter Selbstauflösung, die durch mikro-politische Prozesse und Praktiken konstituiert und konfirmiert wird.“<sup>7</sup> Für

---

2 Merkel et al. (1996), S. 11.

3 Meyer (2006), S. 17.

4 Rüb (2009), S. 45.

5 Bueger/Gadinger (2014), S. 96.

6 Rüb (2009), S. 44.

7 Ebenda.

Rüb leiten sich so die Regierungspraktiken vom „erfahrungsgesättigten Wissen“ ab, die von den Akteuren repetitiv angeeignet werden. Individuelle Handeln und kollektives Handeln im politischen Sinne basieren nicht nur auf Kalküle, Nutzenmaximierungszielen, sondern vor allem richten sie sich vorwiegend an den routinemäßigen Praktiken aus. Dabei räumt Rüb ein, dass den Individuen offenstehe, die Praktiken in Frage zu stellen, von ihnen abzuweichen oder von ihnen Gebrauch zu machen.

Die politischen Praktiken strukturieren und organisieren die individuellen und kollektiven Akteure in den Institutionen und stabilisieren sich in den Handlungsmuster, die in einer Regierung kulminieren.<sup>8</sup> Hier gelten die politischen Institutionen als Orientierungspunkte und Anleitungen, wobei ihre absolute Existenz und Relevanz für die Akteure als gegeben angenommen werden. Das Handeln der Individuen im politischen Feld organisiert sich entlang den Praktiken, was auch ihre Sozialisation in diesen Rahmen miteinschließt und schließlich ihre täglichen Entscheidungen nach dem Muster von kontextueller Rationalität und der Logik der Angemessenheit der bestehenden Situationen hervorbringt.<sup>9</sup> Politische Praktiken weisen eine dauerhafte Existenz auf, die an das Handeln der Akteure gebunden ist, besitzen aber auch transpersonalen Charakter.<sup>10</sup>

In ihrer Untersuchung der Autokratien zeigen Gandhi und Przeworski, dass die nominellen demokratischen Institutionen den Autokratien nutzen. So verweisen sie auf zwei Arten von Reaktionen hin, die von autoritären Regimen ausgehen: erstens, dass die Autokratien die Gefahr aus dem Inneren des Regimes durch die formalen Gremien neutralisieren und zweitens, dass sie der Gefahr aus der Zivilgesellschaft begegnen können, wobei die Beibehaltung der formal-demokratischen Institutionen zur Einschätzung der Stärke autonomer und oppositionell handelnder Akteure einen nicht unerheblichen Beitrag leistet.<sup>11</sup> Der Begriff „demokratische Institutionen“ beinhaltet im praktischen Sinne für die Autokratien der neuen Zeit die Beteiligung der Opposition bzw. alternativer Kräfte am politischen Prozess. Sie sind aber somit imstande, ihre Ressourcen optimal einzusetzen, kooptierende und kooperierende Anreize zu schaffen, mittels korrigierender Neu-institutionalisierungen die bestehenden Gefahren rechtzeitig abzuwenden und eventuell eine sich verstärkende Opposition zu entschärfen.<sup>12</sup> Magaloni zufolge sind die formal-demokratischen Institutionen für die Machtteilung (*power sharing*) und damit für die Langlebigkeit der autoritären Regime entscheidend. Sie führt fort, dass eine Diktatur die Risiken ihres

---

8 Ebenda, S. 45.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

11 Gandhi/Przeworski (2007), S. 1280.

12 Ebenda, S. 1293.

Sturzes minimiert, indem sie ihren Rivalen kooptierende Möglichkeiten zur Machtteilung anbietet.<sup>13</sup> Informalität bleibt in diesem Fall ein zentraler Aspekt, durch den die Machtverteilung zwischen den politischen Akteuren geregelt wird.

In dem folgenden Abschnitt wird die Institution des Präsidentenamtes untersucht, das als höchste Instanz der politischen Entscheidung hervorsteht. Konzentriert wird sich hierbei auf die formal festgelegten Funktionen des Präsidenten. An dieser Stelle wird mit einem Rückblick auf die Entstehungsphase des Präsidentialismus und Darstellung der Ereignisse begonnen, die die Verflechtung dieses ge wichtigen Amtes mit informalen Praktiken in Aserbaidschan hervorbrachten.

## 4.1 DIE PRÄSIDENTSCHAFT UND DIE VERFASSUNGSWIRKLICHKEIT

### 4.1.1 Wie kam es zur konstitutionellen Stärkung des Präsidenten?

Nach den Ereignissen am 20. Januar 1990 zeigte sich in der aserbaidschanischen Gesellschaft eine Tendenz, vehement dem Diktat Moskaus auszuweichen. Der gesellschaftliche Aufbruch und das Fehlen einer adäquaten Haltung zum Karabachkonflikt entzogen den Kommunisten in Aserbaidschan jeglichen Schulterschluss seitens der Bevölkerung. Die Aserbaidschanische Kommunistische Partei erklärte im September 1991 ihre Auflösung, was die Herrschaft der Partei und ihrer internen Organe in der Politik beendete.<sup>14</sup>

Mutallibov, der ehemalige Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Aserbaidschans löste sich von der Kommunistischen Partei – dem sowjetischen Handicap – mit dem Aufrichten seiner Position als Präsident. Seine nahen Gefolgsmänner machen Mutallibov zum Vorwurf, dass er unterschätzt habe, dass damit der Kommunistischen Partei, seinem letzten Apologeten, der Boden unter Füßen weggezogen wurde.<sup>15</sup> Er stellte sich faktisch als einziger Kandidat im September 1991 zur Volkswahl auf.<sup>16</sup> Die Erzrivalen Elchibey und Heydar Aliyev boykottierten die Wahlen und der einzige Alternativkandidat Zarduscht Alizade zog sich aus dem Rennen zurück.<sup>17</sup>

Ein Jahr danach schaffte Elchibey (Volksfront) die Präzedenz einer Präsidentenwahl mit alternativen Kandidaten. Die Wahl trug ihm im Juni 1992 mit 60,9

---

13 Magaloni (2008), S. 24.

14 Goltz (1999), S. 56.

15 Stolyarov (2001), S. 198 f.

16 Balayev (1992), S. 71.

17 Stolyarov (2001), S. 196; Furman/Abasov (2001), S. 140.

Prozent den Sieg ein.<sup>18</sup> Die Machtstellung half den Volksfrontisten beim positiven Wahlausgang besonders. In Qusar wurde das Wahlergebnis, das nicht für Abulfaz Elchibey ausgefallen war, mit dem administrativen Druck „gebessert“. Nach Lenkoran wurden über Nacht mit Hubschraubern Wahlzettel transportiert, um die Wahl „umzustimmen.“<sup>19</sup> Man hatte auch wegen der Gefahr einer drohenden Kandidatur Heydar Aliyevs die Altersgrenze für die Bewerber auf 65 heruntergesetzt. Ein zeitgenössischer Beobachter verwendete den Begriff „elitärer Autoritarismus“ als kennzeichnend für die Herrschaftsweise der ehemaligen Regierung. Unter den Führungsköpfen erklangen Rechtfertigungen dafür, dass man auch zu autoritären Methoden greifen sollte, um „die Demokratie zu schützen.“<sup>20</sup>

Als die Macht an Heydar Aliyev etappenweise übertragen wurde, waren die institutionellen Voraussetzungen hierfür nicht gänzlich erfüllt, so dass es an der Legitimation des Verfahrens Bedenken gibt. Es war eine Art Staatsstreich im Verbund mit einigen Volksfrontvertretern. Das zeigt eine Episode aus dem Tagebuch von Goltz, in welchem beschrieben wird, wie die Teilnahme Heydar Aliyevs an den parlamentarischen Sitzungen zwangslegalisiert wird.

Im Juni 1993 stand die Wahl von Heydar Aliyev zum Parlamentspräsidenten auf der Tagesordnung. Faktisch bedeutete dies die allmähliche Machtübernahme, wogegen Teile der Volksfrontführung opponierten. Dem schon alten Aliyev war es ungelegen, jedes Mal auf die Tribüne steigen zu müssen. Dabei schlug er wegen der Gefahr eines möglichen Machtsturzes durch den rebellischen Armeeführer Suret Huseynov Alarm und inszenierte sich als mögliche Lösung für die Machtkrise. Es herrschte eine sehnüchtige Stimmung unter seinen Anhängern schnell mit seinem Amtsantritt durchzukommen. Einer der Abgeordneten Rahim Gaziyev, ehemaliger Verteidigungsminister in der Volksfrontregierung, stellte die Gesetzmäßigkeit Aliyevs Anspruch auf die Wahl zum Parlamentsvorsitzenden in Frage, da Aliyev zwar im Parlament saß, jedoch kein Abgeordneter war. Als Vorsitzender des Nakhichevaner Obersten Rates konnte Aliyev für die Wahl des Parlamentsvorsitzenden nicht kandidieren. Die Replik von Gaziyev war also begründet. Der taktische Kniff war, die Parlamentssitzzahl extra auf einen Sitz für Heydar Aliyev zu erweitern.<sup>21</sup> Dabei lautete das Argument der Aliyev-Befürworter: „die künftigen Generationen werden über diese Kleinigkeit nicht streiten.“<sup>22</sup>

18 Fenz (2004), S. 185.

19 Agaev/Alisade (2006), S. 574-575.

20 Agaev (2005), S. 16.

21 Iyikan (2005), S. 114.

22 Goltz (1999), S. 381.

Im Juni 1993 trat Isa Gambar von seinem Amt zurück. Der Parlamentsvorsitzende war damit laut der alten Verfassung dem Staatsherrn gleich, wäre der Präsident nicht fähig seinen Amtspflichten nachzukommen. Unverzüglich war daher die Meldung des neu gewählten Parlamentspräsidenten Heydar Aliyev, nach der Amtswahl des Präsidenten Elchibey am 17.-18. Juni 1993. Als Aliyev die Abhaltung der Präsidentschaftswahlen im Herbst 1993 ankündigte, argumentierte die oppositionelle Presse mit dem Vorbehalt, dass es gefährlich sei, die Präsidentschaftswahlen vor den Parlamentswahlen abzuhalten; es spiele der Exekutive in die Hände, da sie sich eine eigene Gefolgschaft im Parlament verschaffen kann und sich der Kontrolle widersetzt, die in einer Demokratie vom Parlament ausgeht.<sup>23</sup> Die friedliche und demokratische Ab/Wahl des Präsidenten blieb in Aserbaidschan ein fernes, bisher nie umgesetztes Ziel. Aliyev konnte mithilfe vorwiegend informaler Praktiken zum Präsidenten aufsteigen.<sup>24</sup>

Kurz gefasst bildete sich die Präsidentschaft im Resultat der heimtückischen, nicht konstitutionell vereinbarten Machtkämpfe und als Ergebnis der umstrittenen Wahlen aus. Das Amt konnte sich nicht als Selbstzweck der Politik etablieren, vielmehr diente es der Macht Sicherung. Im Folgenden wird davon berichtet, wie die Präsidentschaft als Zentrum der Macht im Verfassungsrahmen verankert wurde.

#### **4.1.2 Verfassungsentwurfsprozess in Aserbaidschan**

Unter Aliyevs Schirmherrschaft trat die erste Verfassung Aserbaidschans in Kraft, die danach dreimal, 2002, 2009 und 2016 geändert wurde.<sup>25</sup> Heydar Aliyev konnte in einer ihm gebührenden und begünstigenden Weise der Verfassung Form geben. Er entließ zweimal die Verfassungskommissionen und beauftragte eine dritte Kommission, an deren Arbeit, nur ein einziger Oppositioneller, Etibar Mammadov, mitwirken konnte. Dabei wurde der Verfassungsentwurf vom Präsidialamt vorbereitet und sollte für 15 Tage der öffentlichen Diskussion offenstehen. Diese Frist wurde schließlich auf 4 Tage verkürzt, so dass für eine endgültige Volksabstim-

---

23 Hurriyyet, 29.09.1993, zit. nach Agayev (2005), S. 49.

24 Musabeyov (2004), S. 207; *Geidaru Aliieu predložili vozglavit pravitel'stvo Azerbaidžana*, Kommersant Nr. 109, 11.06.1993.

25 Davor galt in Aserbaidschan ein Verfassungsgesetz, das eine Art Vorverfassung war und vor allem auf der Verfassung der ASSR von 1978 beruhte. Aus der sowjetischen Erfahrung war die Praxis einer Verfassungsinszenierung bekannt, wie dass die Machtausübung durchgreifend, zentral und befehlsgebunden eingesetzt wurde. Die andere Funktion einer solchen Praxis war es, propagandistisch die Quasidemokratisierung im Inland und im Ausland zu demonstrieren. Fainsod (1965), S. 393-394.

mung über die Verfassung nicht genug Zeit da war.<sup>26</sup> Aus seinen Ansprachen zu den Mitgliedern der Verfassungskommission wird ersichtlich, wie er auf die schwierige sozioökonomische Lage Aserbaidschans und die Kriegssituation mehrfach Bezug nimmt und damit die Einführung der Mehrheitswahl der Parlamentsabgeordneten als richtigere Variante beurteilt. Wie es sich im Nachhinein herausstellte, eignete sich die Mehrheitswahl des Parlaments für die herrschenden Machthaber gut, um die Entwicklung einer liberalen Parteienkultur in Aserbaidschan abzuwenden. Sein Argument gegen das Verhältniswahlensystem war: die Parteien wären noch im Aufbauprozess und „die Parteiisierung der Gesellschaft mache noch die ersten Schritte. Die großen Parteien – die sich als groß vorstellen – hätten noch nicht die Unterstützung der Bevölkerung.“<sup>27</sup> Die Einarbeitung ähnlicher Klausel in die Verfassung lässt sich anhand des Streites zwischen dem Präsidenten und dem ehemaligen Parlamentsvorsitzenden Rasul Guliyev aus dem Jahr 1995 ausführlicher erläutern.

Am 28. April 1995, als die Verfassung noch im Entwurf vorlag, erklärte der Parlamentsvorsitzende Rasul Guliyev – mit dem sich Aliyev einige Jahre später zerstritt – über das Vorhaben der Errichtung eines Zweikammernparlaments auf. Guliyevs Version sah die Wahl der ersten Kammer mithilfe einer Mehrheitswahl vor, die über die staatsrelevanten Fragen und Verfassungsthemen entscheiden würde und eine zweite Kammer war mit einem gemischten Wahlsystem vorgeplant. Wie er damals angab, war in keiner Version des Verfassungstextes die Rede von den uneingeschränkten Machtbefugnissen des Präsidenten, dem auch keine Befugnisse hinsichtlich der Auflösung des Parlaments zugesagt werden sollte.<sup>28</sup> Die aliyevische Linie der Stärkung präsidialer Macht setzte sich durch. Die präsidiale Macht wurde nach dem Muster der französischen Verfassung als *pouvoir constituant* installiert, das heißt, dass in etlichen Fällen der Präsident „über der Verfassung steht.“<sup>29</sup> Im Teil der „Allgemeinen Bestimmungen“ des Verfassungstextes wurde die Einheit des Präsidenten mit dem Volk und dem Staat manifestiert, was wiederum die formale Figur des Präsidenten über die alle weiteren Gewalten im Land erhob.<sup>30</sup> Ein Kommentar des Verfassungsexperten Luchterhandt gibt diese fehlkonstruierte Rechtslage in der aserbaidschanischen Verfassung wieder:

26 Amrahgizi (1995); Morgenthaler/Heuser (2009), S. 375.

27 *Azərbaycan Respublikasının yeni Konstitutsiya layihəsini hazırlayan komissiyanın iclasında Azərbaycan Prezidenti Heydər Əliyevin çıxışı*, Azərbaycan qəzeti, 26.07.1995.

28 *R.Quliyev qeyri-məhdud səlahiyyətlərin əleyhinədir*, Azadlıq qəzeti 02.05.1995.

29 Luchterhandt (2002), S. 255 und 353.

30 Die Verfassung der Republik Aserbaidschans, Art 8. Abs. 2.

„[Es] lässt sich bereits aufgrund der Verfassungsrechtslage sagen, dass [der Präsident] den Gesetzgebungsprozess weitgehend steuern und den Gesetzesinhalt maßgeblich bestimmen kann. Die autonome Gesetzgebungsmacht des Parlaments wird dementsprechend stark zurückgedrängt, dem Präsidenten quasi die Hegemonie über die Legislative eingeräumt.“<sup>31</sup>

#### **4.1.3 Verfassungsbasierte Überlegenheit des Präsidenten**

Das formale Regelwerk der aserbaidschanischen Verfassung kann man als Produkt eines Kräftespiels ansehen, das sich bei der Eliminierung potentiell bedrohlicher militärischer Rebellengruppen als probates Sanktionsmittel des herrschenden Regimes erwiesen hat. Der Präsident wurde in der Verfassung gegen alle möglichen „Notfälle“ gesichert. Der Präsident ist zum Beispiel befugt, den Ausnahmezustand auszurufen und das suspensive Veto gegen die vom Parlament (aserbaidschanisch *Milli Məclis*) beschlossenen Gesetze einzulegen. Dies kann das Parlament nur durch eine Drittelmehrheit überwinden. Bildet sich im Parlament eine sich dem Präsidenten entgegensezende Kraft, ist er in der Lage, ohne Beteiligung des Parlaments „eine Verfassungsänderung durchzusetzen“ und dazu eine Volksabstimmung einzuberufen.<sup>32</sup>

Überdies erstreckt sich die Präsidentengewalt auf die grenzenlosen Sondervollmachten (insgesamt 32).<sup>33</sup> Die aus dem Verfassungsartikel 109. Abs. 32 abzuleitende Ermächtigung zum Erlass eigener Rechtsakte (*fərman* und *sərəncam*; Dekrete und Verfügungen) illustriert die exklusive, rechtsetzende Gewalt des Präsidenten. Dem Präsidenten wird die ausschließliche Vollmacht zuerkannt, auf dem Vollzugswege über andere Fragen, die „[diese] Verfassung nicht der Zuständigkeit der Nationalversammlung oder den Gerichtsorganen der Aserbaidschanischen Republik zugewiesen hat“, zu entscheiden.<sup>34</sup> Dazu zählen auch das Kriegsrecht, die Anordnung der Mobilmachung, die Anwendung des Ausnahmezustands und die in der letzten Zeit häufig praktizierte eigenmächtige Erteilung der Dekrete und Verfügungen.<sup>35</sup> In der Regel werden die vom Präsidentenamt adressierten Gesetzesvorlagen unverzüglich und ohne lange Diskussionen angenommen.<sup>36</sup> Gemäß der Verfassung erhielt der

---

31 Luchterhandt (2002), S. 355.

32 Ebenda.

33 Art. 109, 111, 112 der Verfassung Aserbaidschans.

34 Luchterhandt (2002), S. 355.

35 Morgenthaler/Heuser (2009) S. 379 und Art. 113. Abs. 1 der Verfassung Aserbaidschans.

36 Dies wurde in dem Interview mit dem Verfasser am 02.04.2008 mit dem ehemaligen Parlamentsabgeordneten Nazim Muzaffarli (Imanov) bestätigt. 1995-2000 war er als Abgeordneter von der Partei der Nationalen Unabhängigkeit Aserbaidschans (AMIP) gewählt worden.

Präsident auf die Richterernennung und -entlassung vom Obersten Gericht, der Berufungsgerichte und regionale Gerichte von einen mittelbaren, teils auch unmittelbaren Einfluss.<sup>37</sup> Das so genannte Recht des Vorschlags oder das „Zustimmungsrecht“ bei der Berufung der Richter impliziert im Grunde die weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten des Präsidenten in die Gewalt der Judikativen.<sup>38</sup> Er ist faktisch die einzige verurteilende Instanz, falls ein Richter eine Straftat begeht.<sup>39</sup>

Exemplarisch für die Macht des Präsidentenamtes sind die direkten Rechtsakte des Präsidenten, die faktisch einem Gesetz gleichgestellt werden. Thematisch greifen die „Präsidentengesetze“ bei den sozial gefragten Schlüsselthemen, wie Lohn erhöhungen, Verleihung von Auszeichnungen, die dann populistischen Zielen dienen. Angesichts der Bedrohung durch eine Protesteskalation erließ der Präsident 2009 unter seiner Zugriffsmöglichkeit auf die Präsidentenbudgetfonds ein Dekret über einmaligen Schuldenerlass der Wasserverbraucher.<sup>40</sup> Die mit einem Schlag vom Präsidenten entlasteten Verbraucher mussten aber einige Tage danach, im Fernsehen die Entscheidung des Präsidenten loben.<sup>41</sup>

Ähnliche popularisierende Rechtsklauseln in der Verfassung schadeten im Endeffekt der politischen Kultur, in der Weise, dass eine formal gestützte Machtarrondierung um den Präsidenten geschaffen wurde. Die konstitutionell angelegte Kon solidierung der Macht beim Präsidenten ruinierte die Gewaltenteilung in der Verfassungspraxis. Die so etablierten Praktiken des informalen Umgangs mit der Verfassung wurden als gültiger Maßstab des politischen Handelns angenommen, wonach sich die Akteure in der politischen Herrschaft vorbildlich richteten.

#### **4.1.4 Verfassungsänderung von 2009**

Im März 2009 setzte die Regierung Aserbaidschans im Anschluss an eine Volksabstimmung eine bedeutsame Verfassungsänderung um. Das zentrale Anliegen der Regierung war hierbei die Klausel betreffend die zweimalige Wahl und die auf zwei Amtsperioden beschränkte Präsidentschaft aus der Verfassung zu streichen. Die Taktik der Propagandisten war es dabei, den Anschein zu erwecken, dass es sich bei

---

37 Art. 109 Abs. 9 der Verfassung Aserbaidschans.

38 Art. 95 Abs. 13 der Verfassung Aserbaidschans.

39 Art. 128 Abs. 4 der Verfassung Aserbaidschans; siehe auch Babayev (2010), S. 60 ff.

40 Eigene Notiz, 10.09.2009.

41 Fragwürdig ist, wie es der Autor einer Zeitung anmerkte, wenn die im regierenden Kreis angepriesene Entwicklung Aserbaidschans, „die keine Analogie in der Welt kennt“, die Menschen nicht dazu fähig machen kann, ihren Wasserverbrauch eigenständig zu zahlen und wie ein solcher Staat sich erlaube, dass die Menschen verschuldet bleiben. *Borc əhvalatı*, Azadlıq Radiosu 09.04.2011.

den Änderungen um grundverschiedene Sachverhalte handelte. Die Vorlage wurde um nebensächliche Änderungen der Verfassungsartikel ergänzt, um die Kritiker von der tatsächlichen Absicht der Verfassungsänderung abzulenken. In der Bevölkerung stießen die Änderungsinitiative und der darauffolgende Referendumsablauf kaum auf Protest. Nach offiziellen Angaben lag die Wahlbeteiligung bei 71 Prozent. Die Ausnahme im gesamten Prozess stellte die Kritik einiger lokalen NGOs und internationaler Wahlbeobachter im Vorfeld der Volksabstimmung dar, beispielsweise der Venedig-Kommission des Europarates.<sup>42</sup> Die Kontinuität und Stabilität der Herrschaft in Aserbaidschan wurde durch den beschriebenen Prozess gefestigt und die Amtsdauer der Präsidentschaft in Aserbaidschan war fortan beliebig, über mehrere Jahrzehnte hinweg, auszudehnen.

Die Verfassung vor 2009 erlaubte dem Präsidenten nur zwei Mal und für fünf Jahre gewählt zu werden. Im Herrschaftslager verbreiteten sich, angesichts der Einschränkungen der präsidentiellen Amtszeit, Gerüchte über die Nachfolgerschaft von Ilham Aliyev, denn das Regime bangte um den Bestand seiner Macht. Dass die Änderung der Verfassung keinen anderen Zweck hatte, als die Verlängerung von Ilham Aliyevs Präsidentschaft, war offensichtlich. Die Entscheidung über eine neue Verfassungsänderung kam überraschend. „Kein Parteiteammitglied hat während der Präsidentenwahlkampagne 2008 die Stellungnahme abgegeben, dass im Wahlprogramm des regierenden Präsidenten eine Verfassungsänderung vorgeplant ist. Dabei wurde der Präsident eigentlich gemäß der vorgängig geltenden Verfassung gewählt, der die Limitierung der Amtszeit des Präsidenten auf eine Wiederwahl beinhaltete,“ kommentierte Erkin Gadirli.<sup>43</sup>

Hier möchte ich die Darlegungen der regierungsnahen Politiker aufführen, die darauf hindeuten, dass, obwohl die Amtszeitverlängerung des Präsidenten einer Geheimhaltung unterlag, was auch für Funktionsweise der informal agierenden Macht kennzeichnend ist, im Demokratievokabular vehement Argumente gesucht wurden, um die Möglichkeit einer dritten Wahl Ilham Aliyevs als Präsidenten zu untermauern. Die Rhetorik klang wie folgt: „Es ist selbstverständlich, dass alle Bürger das Gesetz respektieren sollen, darunter auch die Verfassung. Die Verfassung wird vom Volk verabschiedet. Also kann kein Gesetz über dem Menschenrecht stehen. Der Wunsch und der Wille des Volkes ist das höchste Recht. [...] Wenn die Menschen offen ihre Willensfreiheit bekunden, dann muss jeder dies wertschätzen“, sagte Ali Ahmedov, der ehemalige Sekretär der regierenden Partei „Neues Aserbaidschan“ (YAP). Der Abgeordnete Michael Sabelin meldete sich zu Wort, wie „Ilham Aliyev wird nicht genügend Zeit haben, um den Bürgern des mächtigen und reichen Aserbaidschans ein würdiges Leben zu sichern. Unser Land

---

42 Verfassungsänderung in Aserbaidschan, FES- Fokus Südkaukasus 02/09.

43 Interview mit Erkin Gadirli, 28.11.2008.

braucht einen starken Leader. Die Wahlen im letzten Jahr bestätigten, dass Ilham solch eine Führungsfigur ist. Wenn wir Ilham Aliyevs Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten beschränken, verlieren wir solch einen Leader“.<sup>44</sup>

Einige, sogar internationale Beobachter, und die hochrangigen Vertreter des Europarats klinkten sich in diese gezielte politische Propaganda ein: „Nach dem Kollaps der Sowjetunion wurden in den alten Unionsrepubliken neue Verfassungen aufgenommen, die zweifellos vorübergehenden Charakter hatten. Deshalb ist die Änderung in diesen legislativen Akten normal und logisch. Wenn die Bevölkerung des einen oder anderen Landes sich einen Kandidaten als Präsidenten wählen will, ist hieran nichts des Tadels würdig. Hätte Präsident Clinton schon seinerzeit die entsprechenden Verfassungsänderungen vorgenommen, wäre die Welt von den Fehlern Bushs verschont geblieben“, so äußerte sich der Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Michael Hancock.<sup>45</sup> Man muss beachten, dass die Meinung, die vom Europarat vertreten wird, als eine Organisation, die seit Ende der 90er Jahre aktiv am politischen Institutionsaufbauprozess in der Prüferrolle vortritt, besonders ins Gewicht fällt, da sich das Regime um sein Image in den westlichen Demokratien sorgt.

Am 09. Oktober 2013 wurde die Kandidatur von Ilham Aliyev zum dritten Mal bestätigt und damit die Langlebigkeit der Tradition des starken Präsidenten im System verankert. Die Verfassungsänderung stärkte das Rückgrat des Präsidenten und verwandelte ihn zum ausschlaggebenden Machtfaktor in der Politik Aserbaidschans, so dass seine Macht in keiner Weise, d.h., formal und institutionell bestritten werden kann, es sei denn nur durch die nächst stehenden Wahlen.

#### **4.1.5 „Amtsenthebung“ des Präsidenten**

Eine der formalen Absicherungen der Macht des Präsidenten ist die Exklusivität seiner Amtsenthebung, die als Lehre aus der nahen, relativ demokratischen Vergangenheit nominell in das Staatswesen des Aliyev-Regimes inkorporiert wurde. Laut Verfassung liegt die Entscheidung über das Amtsenthebungsverfahren des Präsidenten im Ermessen der voneinander unabhängigen Organe der politischen Ordnung. Wäre der Präsident beispielsweise eines schweren Verbrechens schuldig oder gäbe es gegen ihn den Vorwurf der Verfehlung im Amt, so müssten das Parlament, der Verfassungsgerichtshof und der Obersten Gerichtshof (als Gutachter) zur Ein-

---

44 *Deputat Milli Mežlisa: Esli ograničit sejčas Il'chama Alijeva dvumja srokami prezidentsva, to my možem poterjat' takogo rukovoditelja*, Day.az 09.11.2008.

45 *Predstavitel' Parlamentskoj Assamblei Soveta Evropy Majkl Chenkok. PASE sc̄itaet logičnym vnesenie izmenenij v Konstitutsiju Azerbaidžana*. Day.az 06.03.2009.

leitung des Amtsenthebungsverfahrens zusammenwirken.<sup>46</sup> Für eine einheitliche Beschlussfassung wird die Einstimmigkeit der 95 Parlamentsabgeordneten benötigt. Überdies muss dem Parlamentsbeschluss die Unterschrift des Vorsitzenden des Verfassungsgerichts beigelegt werden. Die Einleitung eines solchen Verfahrens bedarf auch des Gutachtens des Verfassungsgerichts.<sup>47</sup>

Die ganze Prozedur wurde so ausgestaltet, dass ein Fristversäumnis das Scheitern des ganzen Amtsenthebungsunterfangens zur Folge haben kann.<sup>48</sup> So schlussfolgern die Analysten aus dem Max-Planck-Institut für Öffentliches Recht, dass ein erfolgreiches Amtserhebungsverfahrens des Präsidenten in Aserbaidschan nur eine sehr theoretische Möglichkeit ist:

„Es liegt auf der Hand, dass bei einer solch restriktiven Verfahrensgestaltung ein erfolgreiches Amtsenthebungsverfahren nur dann realistisch erscheint, wenn innerhalb der Judikative und der Legislative eine große Einigkeit über die Absetzung des Präsidenten herrscht und in beiden Gewalten der unbedingte Wille zu einem entschlossenen Handeln vorhanden ist.“<sup>49</sup>

Die disparate Gewaltenteilung im politischen System spiegelt sich in einer Parlamentsdiskussion über die Amtsenthebung des Präsidenten aus dem Jahr 1993. Beachtenswert ist dieser Fall unter dem Gesichtspunkt, weil sich das Parlament unter die Führung des Präsidenten begab:

Die Nachricht über die Flucht des Präsidenten Elchibey verlas der damals als Parlamentsvorsitzende amtierende Heydar Aliyev vor den Abgeordneten. Demnach verließ der Präsident Aserbaidschans Elchibey Baku in der Nacht von 17. auf den 18. Juni 1993 in aller Heimlichkeit. Im Parlament wurde debattiert, ob Elchibeys Handlung als Amtsfuge zu deuten wäre. Als man Elchibeys Aufenthaltsort in Kallaki (sein Heimatdorf im Nakhichevan) feststellte, gab es Forderungen nach seinem sofortigen Rücktritt. Aliyev wirkte dabei als Lenker und stellte gleich die Frage an die Runde, wie die Amtsfähigkeit des Präsidenten zu begründen ist, während das Befinden innerhalb des aserbaidschanischen Territoriums nicht das Recht des Amtsverbleibs vorentalte.

Laut den Argumenten Elchibeys Gefolgsmänner konnte ein auf dem aserbaidschanischen Territorium befindlicher Präsident nicht eine Amtsfuge begangen haben. Es wäre dasselbe, als wenn der amerikanische Präsident Alaska besucht. Er hört ja nicht auf, amerikanischer Präsident zu sein, lauteten die Argumente. Die

---

46 Art. 107. der Verfassung Aserbaidschans.

47 Ebenda.

48 Morgenthaler/Heuser (2009), S. 380.

49 Ebenda.

Äußerungen Aliyevs Unterstützer spielten hingegen auf die kritische Lage des Staates an und versuchten, die Frage moralisch zu untermauern.

Während der Parlamentsdiskussionen wurde das Gerücht in Umlauf gesetzt, dass Elchibey sich das Reiseziel Türkei vorgenommen hatte. Aliyev ergänzte weiter, dass das Präsidentenflugzeug im Nakhichevaner Flughafen abflugbereit stünde. Damit wäre der Verdacht gestützt, dass der Präsident Elchibey sich vorgenommen hatte, im schlimmsten Fall Aserbaidschan zu verlassen.<sup>50</sup> Die Position Aliyevs Anhängerschaft wurde resoluter, indem vom amtierenden Präsidenten Elchibey verlangt wurde, sein Amt niederzulegen. Aliyev sprach kurzerhand über das Amtserhebungsverfahren, wodurch zwar seine Ansprüche auf die Übernahme der Präsidentenzuständigkeiten offen lagen. Nebenbei spielte er aber die Rolle eines Bescheidenten, indem er den endgültigen Beschluss des Parlaments, bis die Antwort des Präsidenten Elchibey kam, abwarten ließ.<sup>51</sup> Vor der Absetzung des Präsidenten Elchibey redete er ihn als „Präsident Elchibey“ an. Im für ihn charakteristisch artistischen Stil widerstand Aliyev einer Weile seinen Befürwortern, die die Chance für die Machtübernahme zu nutzen drängten. Es war eine inszenierte Verweigerung. Elchibey antwortete per Fax. Er trat nur Teile seiner Vollmacht an den Parlamentsvorsitzenden ab. Kurz danach, am 24. Juni 1993, übergab das Parlament Aliyev die vorübergehenden Vollmachten des Präsidenten.<sup>52</sup> Aliyev holte die Zustimmung des Volkes in einer Volksabstimmung am 28. August 1993 ein.<sup>53</sup>

Faktisch demonstriert die Parlamentsdiskussion über die versuchte Amtsenthebung des Präsidenten unter der Federführung von Heydar Aliyev, wie ein gezielt instrumentalisiertes Verhalten stützend auf formal-institutionellen Ordnung vorgezeigt wird, wobei man die ungeprüften Informationen als endgültige Politikresultate verwendet. Faktisch wurde eine Praktik der Inszenierung mit der förmlichen Prozedur in Gang gesetzt, die später weit verbreitet in der aserbaidschanischen Politik Anwendung fand. Damit wurde auch der Schein einer nach außen hin freien parlamentarischen, tatsächlich jedoch durch das Staatsoberhaupt gesteuerten Parlamentsdiskussion gewahrt.

---

50 Agaev (2005), S. 30 (Meldung von 24.06.1993).

51 Goltz (1999), S. 385 ff.

52 In dem damals gültigen Verfassungsakt waren eine Machtübertragung, sowie eine Einschätzung der Lage, wann der Präsident amtfähig ist, nicht vorgesehen.

53 *Sud'bu prezidenta rešit narod*, Kommersant, 31.07.1993.

#### 4.1.6 Die Präsidialverwaltung als die formal/informale Zentrale der Politik

Die Präsidialverwaltung, der Name wird in verschiedentlicher Wortwahl benutzt, zum Beispiel auch als Apparat des Präsidenten oder Präsidentenadministration, ist die gestaltende Struktur und zentrale Instanz des politischen Geschehens in Aserbaidschan.<sup>54</sup> Dabei verkörpert sie die Schattenseite in der Machtstruktur der Aliyev-Herrschaft. Die informalen Aufgaben der Präsidialverwaltung umfassen die Lenkung der Wahlen, die Beziehung mit Medien und Opposition und noch mehr. Im Allgemeinen zielt diese, dem Muster Putins Machtvertikale folgend, ausgebaute Direktverwaltung auf die Forcierung der Exekutive zu Lasten anderer konstitutionell befugnisärmeren Machtpole ab.<sup>55</sup>

Im Auftrag der Präsidialverwaltung steht die Arbeit mit der Zivilgesellschaft, wobei sich, formal gesehen, andere Organe des Staates mit diesen Ressorts beschäftigen müssen. Die Bildung der sogenannten GONGOs, also fiktiven staatlich organisierten nichtstaatlichen Organisationen, sind die Mittel der Patronage der Präsidialverwaltung. Die Präsidialverwaltung hält auch die Bereiche unter Aufsicht, die nicht in ihr primäres Sachgebiet gehören wie die Bildungssphäre, die Jugendarbeit. Am Beispiel der Vergabe der Regierungsstipendien an Studenten zum Studium an den ausländischen Universitäten wird dies ersichtlich: Die Vergabe wurde unter exklusiver Direktion der Präsidialverwaltung beschlossen, obwohl solche Beschlüsse in die Zuständigkeit des Bildungsministeriums fallen.<sup>56</sup>

Die Präsidialverwaltung wird als Adressat der Volksbeschwerden angesehen. Die offiziellen Institutionen haben ihren Einfluss so weit eingebüßt, dass die Beschwerdebriefe oft an die Präsidialverwaltung oder an die First Lady Mehriban Aliyeva persönlich oder an die *Heydar Aliyev Stiftung* (die Stiftung wird von Mehriban Aliyeva geleitet) adressiert werden.<sup>57</sup> Viele Bürger, die mit den staatlichen Struktu-

---

54 Es gibt für diverse Bereiche neben den Ministerien auch die Ausschüsse beim Präsidenten, wie den Bildungsausschuss, den Ausschuss zu Begnadigungsfragen, den Antikorruptionsausschuss und so weiter.

55 Stykow (2010a), S. 74-75.

56 Der Urheber der Initiative zur Entsendung von Studenten ins Ausland wurde für zwei Jahre eingesperrt, weil sich das Regime dessen Demokratierhetorik nicht gefallen ließ. Kurz danach erklärte der Bildungsminister Aserbaidschans, dass die im Ausland Studierenden zur Gefahr werden und sie deshalb streng beaufsichtigt werden müssen. *Bəzi ölkələr bizim tələbələrin başını dəyişirlər*, Azadlıq Radiosu 06.11.2009.

57 Nach Meinung der aserbaidschanischen Juristen ist das Ansuchen von Mehriban Aliyeva und der *Heydar Aliyev Stiftung* vom Vorteil, weil diese Beschwerdebriefe wenigstens ihre Adressaten finden. *Azərbaycan xalqı istəfa verib*, Azadlıq Radiosu 22.01.2009.

ren, Gerichten und privaten Unternehmen in Konflikt stehen, richten ihre Beschwerden an die Präsidialverwaltung, in der Erwartung, dass dem Präsidenten allein die Macht obliege, über ihre Belange zu entscheiden. Dies stimmt teilweise mit der faktischen Situation überein. Eine solche Form der Beschwerdeführung drückt aber das öffentliche Misstrauen gegenüber den formal geregelten Staatstätigkeiten aus und bekräftigt die weitverbreitete Inanspruchnahme der informalen Verfahren über den Umweg der amtlichen Prozeduren. Es bildet sich infolgedessen eine direkte Kommunikation des Präsidenten und seiner Familie mit dem eigenen Volk aus.

Die Fälle sind bekannt, wie die lokalen Amtsinhaber die Beschwerdeschreiber aussuchten und geißelten, weil sie ihre Klagen „über den Kopf ihrer Behörde“ an die Präsidialverwaltung überführten. In den Behörden am Ort herrscht die Überzeugung, sich so angreifbar zu machen, denn die Volksbeschwerden könnten sehr einfach als das Motiv und Beweisstück für die „schlechte Arbeit“ der unteren Organe interpretiert werden. Wenn ein „üblicher Verwalter“ der unteren Behörde in Ungnade der oberen Befehlshaber fällt, liegt ein Grund zur Vergeltung vor.

Der Vater meines Interviewpartners schrieb verschiedene Instanzen an (*yuxariya yazmaq*), nachdem sein Kleiderladen in Ganja von mysteriösen Kräften, die anscheinend an dem Erwerb seines Ladens interessiert waren, in Brand gesteckt wurde. Sein Verdacht fiel auf die Mitarbeiter des Steueramtes, mit denen er sich zerstritten hatte, weil sie ihn, wie die Steuerbeamten es formulierten, „wegen Budgetdefizite zu Sonderzahlungen zwangen“. Die Polizei unterließ die Untersuchung und so musste er die Präsidialverwaltung, die Präsidentenfrau Mehriban Aliyeva und weitere Institutionen anschreiben. In den Anfragen erwähnte er, dass er Mitglied der Regierungspartei (YAP) ist. Als er sich mit dem stellvertretenden Exekutivleiter von Ganja traf, reagierte jener mit: „Ja und? Wir sind alle YAP Mitglieder!“ Man flehte ihn in der Polizeidirektion an, nicht mehr an die oberen Instanzen zu schreiben, sonst schaffe er ihnen Probleme (*başımız ağriyır*).<sup>58</sup>

Das aus der Zeit des Nationalsozialismus als gängiger Spruch bekannte „wenn der Führer das wüsste“, kann in Aserbaidschan heute angewandt werden, da die Verantwortung und Schuld für die Verwaltungsmisere häufig den Beamten in die Schuhe geschoben wird.<sup>59</sup> Auch die zensierte Satire in Aserbaidschan stellt den Präsidenten als alleinig tugendhaft und die anderen als Bösen dar.<sup>60</sup>

Für die politische Steuerung wird als wichtig aufgefasst, den Hauptbürokratieapparat des Staates dem Aliyevs engsten Vertrauten Ramiz Mehdiyev, dem Leiter

58 Hintergrundgespräch mit einem Kleinunternehmer aus Gandscha, 24.04.2014.

59 *Azerbaijan: Vulnerable Stability*, ESI Report Nr. 207, 03.09.2010, S. 7.

60 Vgl. Weeden (1998), S. 505.

der Präsidialverwaltung anzuvertrauen.<sup>61</sup> Ramiz Mehdiyev<sup>62</sup>, der in oppositionellen Medien den Namen „grauer Eminenz“ trägt, stand seit der Sowjetzeit im Dienst der Ideologie der Kommunistischen Partei und war einer der treusten Diener des Präsidenten Heydar Aliyev. Seit 1994 bekleidet Mehdiyev ein Amt, das die Regierungsführung, ihre Strategien und Mechanismen ausarbeitet. Trotz seines hohen Alters und trotz seiner über zwei Dekaden hinausgehende Amtszeit wird Ramiz Mehdiyev von Ilham Aliyev bisher nicht ersetzt. Er gilt als Schüsselfigur für die Bündelung der Klaninteressen im Regime.<sup>63</sup>

Das inoffiziell und geheim gehaltene Dirigieren der politischen Geschehnisse unter dem persönlichen Einsatz von Ramiz Mehdiyev wird durch eine Erzählung eines Politikers im Vorfeld der Parlamentswahlen ans Licht gebracht.

Im Oktober 1995 kurz vor den Parlamentswahlen verließ Nemat Panahly sein Amt als Berater des Präsidenten und übergab der Öffentlichkeit eine Liste. Als „Liste von Panahly“ bekannt, offenbarte sie die im Schilde geführten Pläne des Präsidialamtes. Laut dem geheimen Dokument waren die Wahlergebnisse schon vor den Wahlen entschieden.<sup>64</sup> Panahlys Tat, der sich in der Vergangenheit als energischer Kampfredner der Straßenproteste bekannt gemacht hatte, erweckten zunächst wenig Vertrauen. Als die Wahlen endeten, stimmte die Panahlys Liste mit den faktisch lediglich prozedural „gewählten“ Abgeordnetennamen überein.<sup>65</sup> Der Presse übermittelte er die folgende Geschichte:

„Wie alle anderen registrierten Parteien haben wir uns auf die Wahlen vorbereitet, das heißt, wir wollten das Volksmandat unbedingt bekommen. Die Hauptleibwache von Heydar Aliyev „Baylar“ beorderte mich und ließ vom Präsidenten ausrichten: „Der Alte sage, er solle sich mit seinem Anmeldungsantrag am Zentralen Wahlausschuss nicht beeilen, sondern erst mal mich besuchen.“ Beim Gespräch sagte Heydar Aliyev, dass er meinen Wunsch des Abgeordnetenwerdens begrüßt, nur, wenn ich nach der Mehrheitswahl [*als einzelner Kandidat*] in den Wahlen antrete. Meine Antwort war, dass wir an den Wahlen als eine einheitliche Partei teilnehmen würden und uns eine erhebliche Wählerstimme erhofften. Heydar Aliyev stimmte mei-

---

61 Badalov/Mehdi (2005), S. 145.

62 *Segodnya ispolnyaetsja 70 let glave administracii prezidenta Ramizu Mechtievu*, Novosti-Azeidžan 17.04.2008.

63 *Azerbaijan: Vulnerable Stability*, International Crisis Group, 03.09.2010, S. 2f.

64 Chernyavskiy (2002), S. 175.

65 Laut der Meinung der Vertreter der Beobachtermission vom Europarat sprächen „solche undemokratisch durchgeführten Wahlen nicht für einen Beitritt Aserbaidschans zum Europarat“. Chernyavskiy (2002), S. 177.

nem Argument nicht zu und meinte, dass unsere Partei in der Bevölkerung wenig begehrt sei und fügte hinzu, dass nirgendwo in der Welt die Abgeordneten vom Volk gewählt würden. Geh, sei vernünftig und ziehe die Konsequenzen aus meinen Worten (*Get ağlını başına yiğ, dediklərimdən nəticə çıxart*).

Ich habe mich danach erkundigt und kann sagen, dass mit jedem, der ins Parlament gewählt werden sollte, im Präsidentenapparat solche Einzelgespräche geführt wurden. Den Exekutivleitern wurden Aufträge erteilt, um den schon ausgewählten Personen aus der Liste die Wahl zu ermöglichen. Um mich zu mäßigen, bemühte sich auch Jalal Aliyev.<sup>66</sup> Ich fragte ihn nach der Liste, die im Präsidentenapparat abgefertigt wurde. Auf Jalal Aliyevs Anordnung beschaffte mir J. Humbetov die Liste. Ich war schockiert. Lassen wir diese Listenentscheidung durch, können wir Milli Majlis [das Parlament] Todesurteil aussprechen.<sup>67</sup>

Kennzeichnend hierfür war die kommentierende Aussage des Leiters der Präsidialverwaltung Mehdiyev, der jene informale Entscheidungsvorlage über die listenweise Verteilung der Parlamentssitze vorbereitete:

„Der Apparat des Präsidenten konnte nicht den Lauf der Parlamentswahlen einfach so fahren lassen. Einige Politiker würden sonst die Volksmassen mit ihren lügenhaften Ideen hinter Licht führen. Ein Außenstehender zu bleiben, hätte das Land in Anarchie und Unfrieden gestürzt.“<sup>68</sup>

Die Vorsorgemaßnahme der Präsidialverwaltung habe nur den Zweck gehabt, „die Teilnahme der würdevollen Abgeordneten im Parlament zu sichern, die der Stärkung der Staatlichkeit und dem Fortschritt des Landes dienen.“<sup>69</sup> So kamen die Halbwahrheiten über die Vorgänge aus der politischen Küche der aserbaidschanischen Regierung heraus.<sup>70</sup>

Hier wird ein beispielhaftes Ergebnis angeführt, dass die politischen Entscheidungen in die informalen „Hinterzimmer“ und Innenhöfe der Macht mit intransparen-

66 Heydar Aliyevs Bruder saß als Parlamentsabgeordneter in der vorderen Bank des Parlaments und nutzte seine Abgeordnetenimmunität, um die Kritiker des Regimes, besonders die Journalisten und oppositionellen Politiker, vulgär zu beschimpfen. Nach seiner Erkrankung und wie die aserbaidschanische Presse berichtete, auf „Anempfehlen“ des Neffen Ilham Aliyev, zog er sich aus der Politik zurück.

67 *Parlementə „seçiləcək“ 125 nəfərin siyahısı çıxdan hazırlıdır*, Azadlıq qəzeti 28.10.1995.

68 Kuliev (2001), S. 242-243, Chernjajskij (2002), S. 177.

69 Ebenda, S. 177-178.

70 Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2010 hatten die Regierungspolitiker abklärende Aussagen nach ähnlichem Szenario an die Presse weitergeleitet.

renten Entscheidungsmechanismen ausgelagert werden und sich dadurch der Spielraum der Machthaber erweitert.<sup>71</sup> Die faktische Zentrale der Macht in Aserbaidschan ist somit mit weitreichenden Machtressourcen ausgestattet.

#### **4.1.7 „Der betrogene Abgeordnetenkandidat“**

Ein Bestechungsskandal im Jahr 2013 entlarvte die manipulativen Personalentscheidungen durch die Präsidialverwaltung. Der frühere Rektor einer privaten Universität in Aserbaidschan Abdullayev hatte in seinem Bürokabinett eine Geheimkamera installiert. Sein Bruder, früherer Mitarbeiter des Geheimdiensts, galt seit 2004 als verschwunden. Laut dem Rektor habe er die Geheimkamera für interne Inspektion einbauen lassen, um die Gespräche mit den Mitwissern der Entführung, die bei der Suche Hilfe versprachen, zu filmen und das Beweismaterial zu sammeln. Abdullayev schöpfe den Verdacht, dass die hochrangigen Amtsinhaber hinter der Entführung steckten.

Der Rektor hatte sich schließlich mit seinen früheren Komplizen, führenden Kräften aus Regimekreisen, überworfen und war nach Frankreich geflohen, wo er in Straßburg wohnhaft ist. Sein Exilaufenthalt in Frankreich gab ihm die Möglichkeit, die gedrehten Videos auf youtube.com zu veröffentlichen. Die Veröffentlichungen sorgten für Furore in Aserbaidschan, weil in den Videos den hochrangigen Machtinhabern Bestechlichkeit vorgeworfen wurde. In einem der Videos handelte es sich um den Kauf eines Abgeordnetensitzes für die Legislaturperiode von 2005 für einen Preis von einer Million Dollar. Die Summe wurde durch eine Zwischenhändlerin, die ehemalige Parlamentsabgeordnete Güler Ahmadova als Abgabe an den Leiter der Präsidialverwaltung Ramiz Mehdiyev übergeben.<sup>72</sup>

Der betrogene Rektor nörgelt in der Videoszene über die unfairen Forderungen, dass er nach der misslungeneren Absprache mit dem Leiter der Präsidialverwaltung zur erneuten Zahlung genötigt wird. Die ausbezahlten 500.000 Dollar genügten dem mit Parlamentssitzen handelnden Administrationsleiter angeblich nicht.<sup>73</sup> In den geposteten Videos wurde die Anwesenheit Ramiz Mehdiyevs bei der Annahme des Bestechungsgeldes in der Erzählung Abdullayevs Mitarbeiterin geschildert. Sie

---

71 Bueger/Gadinger (2014), S. 85.

72 Güler Ahmadova war Mitglied der regierenden Partei, die sie zur Popanz gemacht hatte. Nach der Veröffentlichung dieses Video musste sie ihr Geschäft, unter anderem auch ihren Parlamentssitz durch die „selbst initiierte“ Kündigung der Mitgliedschaft in der Partei „Neue Aserbaidschan“ aufgeben und wurde danach unter Arrest gestellt. Nach den Präsidentschaftswahlen 2013 wurde sie freigelassen. Ihre früheren Kollegen in der Partei begründeten die Freilassung als Begnadigungsgeste einer Frau gegenüber.

73 *Güler Əhmədovanın bu görüntüləri sizi şok edəcək*, Youtube 25.09.2012.

wohnte dem Gespräch im Ramiz Mehdiyevs Kabinett bei, der sein Personal einen Schraubenzieher holten schickte, um den verschlüsselten Koffer samt einer halben Million Dollar aufzuklappen.<sup>74</sup> In den Videos sprechen die Teilnehmer darüber, wie der Kandidatenname auf der Wunschliste eingetragen wird, wofür aber die verlangte Geldsumme in „die Kasse eingezahlt ist“.

Laut der Journalistin Khadija Ismayil hing die verspätete Veröffentlichung der Videos damit zusammen, dass in dem Wahlkreis, in welchem der Rektor Abdullayev kandidierte, der Sieg eines Oppositionskandidaten vorgespielt wurde. Abdullayev fühlte sich gelackmeiert, weil er trotz der Zahlung der hohen Bestechungssumme mit leeren Händen dastand.<sup>75</sup>

Das Video bestätigte die Kritik der aserbaidschanischen Opposition, dass die Wahlen im Jahr 2005 gefälscht wurden und dass es eine Liste gab, auf der die vorher bereits ernannten Kandidaten geführt wurden. Im parlamentarischen Wahljahr 2010 wurde außer-parteilichen Kandidaten, die angedeutet haben, ohne YAP-Parteiliste zu kandidieren, eine Warnung erteilt, nicht an den Wahlen teilzunehmen, um möglichen Unstimmigkeiten unter den Proregierungskandidaten vorzubeugen.

#### 4.1.8 Das „Familiengeschäft“ der aserbaidschanischen Politik

Zur informalen Überschreitung der Präsidentenkompetenzen im politischen System Aserbaidschans zählt die ritualisierte Vorrangstellung der Familie des Präsidenten. Für diesen sehr offensichtlichen Verfassungsbruch ist auch niemand rechenschaftspflichtig. Man nimmt es als selbstverständlich hin, dass der Präsident die Entscheidungen im Familienkreis trifft. Nach außen hin repräsentiert dies die Bedeutung der symbolischen Einheit der Familie mit der Politik in Aserbaidschan.<sup>76</sup> Den informalen Umgang mit der Verfassung zeigte die Anwesenheit des Präsidentensohns Ilham Aliyev bei staatlichen Treffen im Jahr 2003, denn der Vater Heydar Aliyev bereitete seinen Sohn zum Nachfolger für das Präsidentenamt vor. Beigewohnt hatte der Sohn dem Sicherheitsratstreffen (*Təhlükəsizlik Şurası*) im Mai 2003, obwohl der Präsidentensohn kein offizielles Mitglied des Sicherheitsrates war.<sup>77</sup> Die Fernsehbilder waren das erste Lebenszeichen des schwer erkrankten Heydar Aliyev, nachdem er einem Herzanfall erlag und sich immer weniger in der Öffentlichkeit

74 *Prokurorluq deputatlığa görə rüşvət videosunu araşdırmağı planlayır*, BBC Azeri 26.09.2012.

75 Diese Informationen präsentierte Khadija Ismayil bei der European Stability Initiative - Tagung am 03.06.2014 in Berlin.

76 *Azerbaydžan v tiskakh klana i kul'ta ličnosti*, Regnum.ru 06.07.2011.

77 Agaev (2005), S. 260.

zeigte.<sup>78</sup> Die Formalisierung einer Familienherrschaft erfolgte 2002 mit der von Heydar Aliyev initiierten Volksabstimmung. Als Hauptanlass galt die Ersetzung des Artikels 105 Ab.1 der Verfassung. Die Änderung sah vor, dass in der Zwischenperiode, bei einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Amt, wenn bis zur nächsten Wahl drei Monate angesetzt seien, die Präsidentenbefugnisse nicht mehr an den Vorsitzenden des Parlaments (nach der alten Verfassung von 1995), sondern an den Premierminister übergehen werden.<sup>79</sup> War es früher die qualifizierte Mehrheit der Stimmen für den Sieg im ersten Wahlgang erforderlich, brauchte der Präsident laut der neuen Verfassung nun der Wahlsieger mit einfacher Stimmenmehrheit zu werden.<sup>80</sup>

Somit wurde eine mögliche Erschwerung des Wahlprozesses im Voraus aus dem Weg geräumt und unerwünschter Druck auf die Zentrale Wahlkommission, weggenommen. Ilham Aliyev wurde mit verfassungsrechtlichen Vollmachten ausgestattet, die ihm im Falle einer Machtkrise eine Interimsführung zur Verfügung stellte. Es war eine Vorsichtsmaßnahme des Vaters, der um das politische Schicksal seines Sohnes und um den möglichen Machtkampf seiner Regierungspartner bangte und alle möglichen Erschwernisse vorbeugte.<sup>81</sup> Wie bekannt, ermöglichen die unbescheidenen Zwecke der geänderten Klausel einen dynastischen Transfer. Als 2003 die Nachfolgerschaft von Heydar Aliyev unentschieden galt, machte der zu der Zeit krank darnieder liegende Aliyev von dem geänderten Artikel Gebrauch und ernannte seinen Sohn zum Ministerpräsidenten.<sup>82</sup> Seit dem gilt Ilham Aliyev als Nachfolger der politischen Linie seines Vaters.<sup>83</sup>

---

78 *Azeri Leader turns 80 in hospital*, BBC News 10.05.2003.

79 Art. 101. der Verf. über die Grundlagen für die Wahl des Präsidenten der Aserbaidschanischen Republik.

80 Alkan (2010), S. 94.

81 Art. 105. Abs. 1 Verf.: „Die Ausübung des Amtes des Präsidenten der Aserbaidschanischen Republik bei dessen Ausscheiden aus dem Amt.“

82 *Aliyev posle Alijeva: nasledovanie vlasti kak sposob ee uderžanija*, Nezavisimaja gazeta. 19.03.2004. Dem Muster des aserbaidschanischen Machtransfers, für den als Beispiel der Präsidentschaftswechsel in Syrien dienen konnte, folgten (wenn auch nicht unbedingt auf der verwandtschaftlichen Linie) andere Staaten des post-sowjetischen Raums, was die Fortsetzung des autoritären Herrschaftsstils im post-sowjetischen Raum beförderte. *Dynasty and Democracy in Azerbaijan: A Warning for Central Asia?* Open Democracy 05.12.2003, *Sovečšatelnaja demokratija Kurmanbeka Bakieva. Prezident Kirgizii pochože uže zadumalsja o „naslednike po prjamoj“*, Nezavisimaja Gazeta 26.03. 2010.

83 *Antrittsrede des Präsidenten der Aserbaidschanischen Republik*, Aliyevheritage.org 31.10.2003.

Dass die herrschende Familie in dem Mittelpunkt des Politikdiskurses in Aserbaidschan steht, zeigen die Diskussionen über die Nachfolgeszenarien, die von den höchsten Rängen angeregt wurden und die um keine anderen Kandidaten als die Mitglieder der Familie Aliyevs kreisten. Im politischen Getratsche hinter den Kulissen wurde die Möglichkeit der Kandidatur von First Lady Mehriban Aliyeva als der einzige realen Kandidatin auf die Thronfolge bewertet.<sup>84</sup> Es wurde spekuliert, dass das Regime wegen seiner Imagewahrung auf die Variante des in Russland angewandten Szenarios setzen würde, also eine Tandemregierung von Ilham und Mehriban Aliyeva, die als Formwahrung keine Verfassungsänderungen erforderlich mache. Die folgende Meinung stammte von Rustam Ibrahimbeyov, der sich 2013 in den Oktoberwahlen als der Einheitskandidat der Opposition für die Präsidentschaft aufstellen ließ:

„Wenn man real hinsieht, ist es überflüssig, einen anderen Präsidentschaftskandidaten zu suchen. Wozu dient es, wenn es solch eine in der Person von Mehriban khanum schon gibt? Ist nicht euer Wunsch, die politische Entwicklungsrichtung aufrechtzuerhalten? Sonst macht aber eine Verfassungsänderung den Eindruck, dass man sich zu einer Monarchie hinbewegt. Das wird am Ende in der Unzufriedenheit einiger Länder resultieren.“<sup>85</sup>

Bei der Untersuchung der politischen Strukturen und systemverankernden Institutionen wurde die Ausweitung der Präsidentenmacht festgestellt. Wir begegnen dabei der faktischen Außerkraftsetzung der verfassungsrechtlich verankerten Gewaltenteilung. An deren Stelle tritt das Beziehungsgeflecht, das auf die Entleerung formaler Bestimmungen und Befugnisse der weiteren Organe des Staates hinausläuft. Es geschieht eine Gewichtsverschiebung zugunsten des Präsidenten und der Präsidialverwaltung – was in der Personalisierung der Herrschaft ihren Höhepunkt findet. Durch zumal absichtlich provozierte Notstandssituationen wurden kontinuierlich die Entscheidungsbefugnisse von den konkurrierenden Gremien abgezogen und auf die Exekutive – als besonders ermächtigt erachtet und aufgrund ihrer vermeintlich schnelleren Reaktionsfähigkeit zumeist als effektiv gedacht – übertragen. Es geschah eine allmähliche Verlagerung des Entscheidungsprozesses in die intransparente, überparteilich und überpolitisch agierende Institution des Präsidenten und seines Familien- und Freundeskreises.<sup>86</sup>

---

84 *Azerbaidžanskij precedent. Mehriban Aliyeva obespečit partii supruga-prezidenta bezogovoročnuju pobedu v odnom otdel'no vzyatom okruse*, Nezavisimaja gazeta 18.08.2005.

85 *Rüstəm Ibrahimbəyov: „Mehriban xanum kimi namızəd ola-ola konstitutsiyani da dəyişdirməyə ehtiyac yox idi“*, Mediaforum 01.01.2009.

86 Merkel/Croissant (2000), S. 20-21.

## 4.2 DAS MINISTERKABINETT – „APPENDIX DER EXEKUTIVE“

Formal ist die vollziehende Gewalt in Aserbaidschan zweiköpfig, denn an der Seite des Präsidenten agiert der Ministerpräsident gemeinsam mit dem Ministerkabinett. Zwar sind die Minister formalrechtlich auf eigene Faust vom Präsidenten zu ernennen und zu entlassen, über die Kandidatur des Ministerpräsidenten muss der Präsident aber mit dem Parlament Rücksprache halten.<sup>87</sup> Nach dreimaliger Absage des Parlaments zur Kandidatur des Ministerpräsidenten ist der Präsident allein befugt, die Ernennung zu vollziehen.<sup>88</sup> In der Wirklichkeit des Politikaltags unterliegt die Arbeit des Ministerkabinetts als eine „Regierung“ nur dem Präsidenten und ist ihm rechenschaftspflichtig. Auch die Geschäftsordnung des Ministerkabinetts wird vom Präsidenten bestimmt.<sup>89</sup> Damit ist das Bestehen des Ministerkabinetts im politischen System Aserbaidschans faktisch inhaltslos.

„Das Ministerkabinett trägt den Namen Regierung (*hökumət*), ist aber im Grunde keine Regierung. Obwohl die Verfassung das Volk als Quelle der Herrschaft deklariert, die dem Ministerkabinett die Repräsentationsfähigkeit und politische Verantwortlichkeit zuerkennt, ist dieser Satz in der Verfassungswirklichkeit eine Worthülse. Diese Regierung kann sich weder politischer noch kollektiver Verantwortlichkeit stellen. Die Minister sind keine Parteipolitiker, um politische Aufträge zu erteilen. Sie sind weder der eigenen Partei (YAP), noch dem Parlament rechenschaftspflichtig (obwohl sie alle Mitglieder der Herrschaftspartei sind). Bis-her wurde kein Minister zu YAP Sitzungen eingeladen oder Rechenschaft für die geleistete Arbeit abgelegt. Die Minister sind auch vor kollektiver Verantwortlichkeit gewahrt. Die kollektive Verantwortlichkeit würde heißen, dass alle für die gesamte Arbeit des Ministerkabinetts verantwortlich sind oder, dass man den Innenminister nach der Lage im Bildungswesen fragen könnte und er sich der Beantwortung der Fragen nicht verweigern würde, auch wenn dies nicht in seiner Zuständigkeit liegt. Der Ministerposten hat keinen Wert als politisches Amt. Die Kooperation unter den Ministern wird nicht bewilligt“, erklärte dem Verfasser Erkin Gadirli.<sup>90</sup>

Der auf Informalität basierten Regimepolitik entspricht es, zwischen den Ministern und den Mitgliedern der Regierung keine Teamarbeit zuzulassen. Damit wird, eine formal basierte Möglichkeit der Regierungsbildung neben dem Präsidenten verei-

---

87 Art. 109, Abs. 5 und Art. 118, Abs. I der Verf. Aserbaidschans.

88 Art. 118, Abs. 3 der Verf. Aserbaidschans.

89 Luchterhandt (2002), S. 353, und Art. 114 „Der Status des Ministerkabinetts der Aserbaidschanischen Republik“ der Verfassung.

90 Interview mit Erkin Gadirli, 28.11.2008.

telt. Man erblickt die praktische Nutzlosigkeit des formal konstruierten Ministerkabinetts an der strittigen Aufgabenverteilung. Laut Art. 115 der Verfassung gehören der Minister für Nationale Sicherheit, der Verteidigungsminister, der Innenminister, der Minister für Außerordentliche Angelegenheiten, sowie der Außenminister dem Ministerkabinett. Im Art. 119 hingegen werden unterschiedliche Kompetenzen des Ministerkabinetts, wie der Vollzug des Staatshaushalts, die Durchführung der Finanz-, Kredit- und Geldpolitik, die Ausführung der staatlichen Wirtschaftsprogramme und der Sozialprogramme aufgezählt. Somit stehen die Arbeitsfelder der im Art. 115 erwähnten Gewaltministerien außerhalb der Ministerkabinettbefugnisse.<sup>91</sup> Gleichwohl werden die Machtministerien und Oberkommandeure der Armee unmittelbar dem Präsidenten unterstellt und von ihm auch in ihre Ämter berufen. Die unklaren Kompetenzabgrenzungen zwischen dem Präsidenten oder seiner Administration und dem Ministerkabinett verursachte lange Zeit und auch heute noch die finanzielle Ineffizienz der getrennten Verwaltungsapparate; sie blieb jedoch bis jetzt unangetastet.<sup>92</sup>

Nach der seit 2002 bestehenden internen Ordnung erstattet das Ministerkabinett in der 5. Sommersitzung Bericht über die geleistete Arbeit vor dem Parlament. Das Berichterstattungsverfahren hatte sich eigentlich nur symbolisch und erst auf Druck des Europarates durchgesetzt. Dabei wird die Hälfte des Ministerkabinetts, vor allem die Gewaltministerien von der Berichterstattung ausgeschlossen, als würden sie über der Regierung stehen. Wie Hasanli mitteilte, der für die Legislaturperiode 2005-2010 Mitglied des Parlaments war, prozessiert die ganze Berichterstattung an einem Tag innerhalb von vier Stunden und anschließender zweistündiger Diskussion: „Wenn alle 125 Abgeordneten sich zu Wort melden, entsteht Zeitknappheit und kaum kann man etwas effektiv einsetzen. Die Arbeit der Regierung kann so keiner gründlichen Analyse unterzogen werden.“<sup>93</sup> Die vom Regime speziell herbeigeführte Belanglosigkeit der Kabinettsregierung tritt bei solch substantiell wichtigen Angelegenheiten hervor.<sup>94</sup>

---

91 *Hökümət haqqında bəzi qeydlər*, Erkinin bloqu, 10.02.2009.

92 Hanke (1998), S. 60.

93 Interview mit Jamil Hasanli, 11.02.2009.

94 Guseynov (2007b), S. 58.

#### 4.2.1 Der Ministerpräsident – formale und informale Beschränkungen

Die anschauliche Schwäche des Ministerkabinetts gegenüber dem Präsidenten hat eine Vorgeschichte.<sup>95</sup> Daran lässt sich auch ersehen, wie Heydar Aliyev die spätere Machtkonfiguration gestaltet sehen wollte. Man erkennt an der Kombination von formalen und informalen Elementen, wie die unerwünschten Rahmenbedingungen im Voraus aus dem Weg geräumt wurden. Mit der Installation von Surat Huseynov in das Ministerpräsidentenamt – Heydar Aliyev beugte sich vorübergehend der Militärmacht Huseynovs – degradierte die Premierministerstelle zum unbedeutenden Anhängsel des Präsidentenamtes. Huseynov brachte als Person mit geringem Sinn für Macht, mangelndem Taktgefühl und minimaler Schulausbildung, weder Erfahrung noch Charisma in das verantwortungsvolle Amt ein.<sup>96</sup> Ähnlich schlussfolgert Thomas Goltz im Jahr 1993:

„That moment – if there is any particular moment to focus on in the litany of political indecencies and outrages in Azerbaijan during the summer of 1993 – came on the 30<sup>th</sup> of June, when Surat was elected prime minister. Nominated to the post by Heydar Aliyev, and voted in by his parliamentary peers, Surat’s elevation into government seemed to negate the very idea of democratic pluralism, civil society, and the hope for anything other than crudity and violence in solving political problems in Azerbaijan. It was truly a day of shame.“<sup>97</sup>

Den weiteren Premierministern wiederfuhr dasselbe. Sie erlagen, den innenpolitischen Machtintrigen, bis sich die Kontinuität des schwachen Ministerpräsidenten als Kennzeichen dieses Amtes etablierte. Im Juli 1996 reichte Fuad Gulyiyev, der die Protektion des Parlamentsvorsitzenden Rasul Gulyiyevs genoss, seinen Rücktritt ein. Diese Rücktrittsaktion war in der Geschichte Aserbaidschans der einzige Kabinettsrücktritt dieser Art. Rasul Gulyiyev trat zur Opposition über und gründete aus dem Exil heraus eine oppositionelle Partei.<sup>98</sup> Dabei entzweiten sich die bisherigen Verbündeten der Macht im Streit um die Schlüsselpositionen und um die Zukunft der Ölressourcen. Guseynov erörtert die Ängste Heydar Aliyevs, der die Herausforderung des Präsidenten vorwegnehmen wollte bzw. im Voraus verhindern wollte:

---

95 Interview mit Oqtay Haqverdiyev, 28.09.2009.

96 Dass Huseynov ein naiver blutiger Laie im Staatswesen war, bestätigen die über ihn verbreiteten Gerüchte, dass er während seiner Amtszeit als Ministerpräsident den Finanzminister gerügt habe, warum er nicht einfach die Verteilung der Staatsfinanzen unter den Armen veranlasse. Guseynov (2007b), S. 58.

97 Goltz (1999), S. 391.

98 Guseynov (2007a), S. 39.

„Erstens, mit einem vertraulichen und schwachen Premierminister braucht man das langsame Davonschleichen der Macht nicht befürchten. Zweitens, es ist günstig, ein Ministerkabinett zu haben, auf das man von Zeit zu Zeit die Verantwortung für wirtschaftliche Krisen abwälzen kann.“<sup>99</sup>

Nach dem Szenario der Vererbung der Macht wurde Rasizade als seit 1996 einziger Ministerpräsident im August 2003 „auf eigenen Willen“ abgesetzt.<sup>100</sup> Der vom kranken Vater aus Istanbul ernannte und vom Parlament bekräftigte Ministerpräsident Ilham Aliyev sicherte sich damit die Herrschaft im Land. Nach der Übergangszeit bis zu den Präsidentschaftswahlen, als Ilham Aliyev die umstrittenen Präsidentschaftswahlen im Oktober 2013 gewann, wurde Rasizade wieder ins Amt zurückgeholt. Der Ministerpräsident Artur Rasizade, der mit 81 Jahren der älteste Beamter der Regierung, blickt auf Jahrzehnte an Erfahrung in diesem Amt zurück. Er wird mit seinen geringen Kenntnissen der aserbaidschanischen Sprache in der Öffentlichkeit regelmäßig verspottet. Eine solch dysfunktionale Persönlichkeit ist in das Kalkül der Politikunmöglichkeit der Träger des Amtes eingebettet. Diese fehlende Bedeutung des Ministerpräsidenten liegt ohne Zweifel im Politikkalkül Heydar Aliyevs, der für dieses Amt einen politisch unfreien, leicht absetzbaren Kandidaten sichtete. So wurde der Ministerpräsident nur als Attribut der Verfassung be halten. Unter den erwähnten Bedingungen ist der Ministerpräsident ein zeremoniel ler Posten und keine einflussreiche politische Figur.<sup>101</sup>

#### 4.2.2 Die Minister als „Beamten“ mit informa l organisierten Kompetenzen

Im Spiegel der Medien, sowie auch in der Sprache des Präsidenten erscheinen die Minister lediglich als Beamten (*məmür*) und nicht als Politiker (*siyasətçi*).<sup>102</sup> Mit dem graduellen Umbau der Kompetenzen in die parallelen Ausschüsse der Präsidialverwaltung büßten die Minister ihre beratende Funktion ein und der Entscheidungsprozess wurde gänzlich von der Präsidialverwaltung abhängig gemacht.<sup>103</sup> Darum beschränkt sich ein Minister auf die auf ihn zugeschnittenen Befugnisse und verliert den Wert, ein politischer Akteur zu sein, was jedoch im Falle ihrer ökono-

99 Guseynov (2007b), S. 62.

100 Dabei ist anzumerken, dass in anderen postsowjetischen Staaten die Entlassung des Ministerpräsidenten oder des gesamten Kabinetts des Öfteren vorkommt.

101 Alkan (2010), S. 98; Heinrich (2010), S. 13.

102 „Cəzalandırılaçaqlar“ və ya dövlət idarəciliyində səlahiyyət, Azadlıq Radiosu, 30.12.2008. *Azerbaijan: Two More Officials Sacked*, Eurasianet 19.10.2005.

103 Ebenda.

mischen Aktivitäten nicht gänzlich zutrifft, die die ihnen zugewiesene ministeriale Befugnisse in Richtung informal treibende Kraft der Wirtschaft ausgebaut haben.

Der politische Alltag Aserbaidschans hinterlässt den Eindruck, dass die im Quartal einberufenen Kabinettsitzungen, ähnlich den Hofsitzungen eines feudalen Königs, inszeniert und aufgeführt werden. Das untertänige Verhalten gegenüber dem Staatsoberhaupt ist bei diesen Sitzungen kaum übersehbar. Zur Praxis gehören die Einleitungsworte der Kabinettsmitglieder, die dem Präsidenten ein Lob singen. Die Kabinettsitzung, die anlässlich der Wirtschaftskrise 2008 und ihrer Auswirkung auf Aserbaidschan einberufen wurde, wäre an dieser Stelle beispielhaft anzuführen:

Der Vorsitzende des Komitees für Zollwesen, Aydin Aliyev spricht:

„Dank der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie, deren Grundstein der große Leader Heydar Aliyev legte und die unter der Führung Eurer Exzellenz im Geiste der Modernität und einer inhaltlich und qualitativ neuen Phase fortgesetzt wird, konnte unser Land ein vortreffliches wirtschaftliches Wachstumstempo vorlegen.“

oder auch Minister für Umwelt- und Bodenschätzte, Baghirov:

„Das unabhängige Aserbaidschan, das der große Führer Heydar Aliyev seinem Volk als Erbe hinterließ, steht heute auf einem festen Fundament. Herr Präsident, Ihre tadellose Strategie und Ihr Kampf, Ihre charakteristische Willenskraft, Entschlossenheit und Strenge tragen heute ihre Früchte. Als Resultat Ihrer präzisen Kalkulation und der von Ihnen ganz genau geführten dynamischen Politik konnte unser Land Gefahren ausweichen, vor denen sich die Anderen nicht retten konnten.“<sup>104</sup>

Viele Minister weisen eine Amtszeit auf, die länger als zehn Jahre währt. Zum Geißel wurde oftmals, dass je mehr Jahre sie in ihren Ämtern verbringen, umso „kompetenter“ werden. So schreibt ein Journalist humorvoll: „die neuen Minister werden keineswegs besser als die früheren sein, weil, wenn die früheren die Großbauprojekte über das Kaspische Meer realisieren, werden die Neuen Brücken von der Erde zum Mond schlagen.“<sup>105</sup>

Klaus Grewlich, der von 2001 bis 2004 das Amt des deutschen Botschafters in Aserbaidschan innehatte, weist auf den Doppelcharakter der aserbaidschanischen Bürokratie, einerseits als Hemmungselement, andererseits aber als Faktor der

---

104 *Nazirlərin prezidentə müraciət formaları*, Azadlıq Radiosu 23.07.2009.

105 *Bizim əbədi nazirlər*, Azadlıq Radiosu 30.10.2008. *Vəzifəli adamlar fikirləşir ki, sabah vəzifədən çıxanda neyləyəcək?* Azadlıq Radiosu 28.04.2009.

Machtstabilität des Regimes hin. Im Kommentar des Botschafters schwingt auch die Erkenntnis mit, dass die internalisierte formalrechtliche Arbeitsweise der aserbaidschanischen Bürokraten die Tradition als Erbe aus der Sowjetzeit fortsetzt:

„Die alten Kader der Partei und des KGB, mit nach wie vor mit guten Beziehungen zu den russischen Machteliten ausgestattet, besetzen weiterhin wichtige Positionen in Staat und Wirtschaft. Das hält zwar die Reformfreude in Grenzen, hat aber nicht nur Nachteile für die Transformation. Diese Kader sind professionell ausgebildet. Sie sind gewohnt, in gesellschaftlichen Bezügen zu denken, verstehen sich auch auf bürokratische Techniken, wie Amtsführung und Verwaltungsorganisation und verfügen über ein hohes Maß an Arbeitskraft und Arbeitsdisziplin. Zwar ist im Moment davon auszugehen, dass die Erfahrungen der Vergangenheit, sie persönlich in den Augen vieler Gruppen der Öffentlichkeit diskreditiert haben, gleichzeitig ist aber in manchen Gruppen der Gesellschaft ein freundliches Erinnern an die alte sowjetische Zeit festzustellen. Dies hängt mit der wirtschaftlichen Deklassierung, dem Ge- habe der Schicht der Neureichen sowie der sich unverhohlen zeigenden Korruption zusammen.“<sup>106</sup>

Sehr effektiv gelten die mündlichen Befehle des Präsidenten, ebenso seine Ermahnungen an die Kabinettsmitglieder. Die verbalen Rügen des Präsidenten gleichen moralisierenden Belehrungen. In der am 22. April 2009 abgehaltenen Kabinettsitzung, zeigte sich dies, als der Präsident den Ministern den mündlichen Verbotsbefehl bezüglich des Ausreißens von Bäumen erteilte. Die Sitzung fiel mit dem international gefeierten Umwelttag zusammen und machte den thematischen Kontext der Tagesordnung aus. Der Präsident gab seinen Worten mit Drohgebärden die nötige Durchschlagkraft:

„Wenn ich von nun an noch einmal höre und erfahre, dass irgendein Geschäftsmann oder eine beamtete Person die grünen Flächen umzäunt, dort die Bäume ausreißt, um es zu bebauen, werden die errichteten Häuser am folgenden Tag niedergeissen und die Schuldigen verantwortlich gemacht.“<sup>107</sup>

In den Fernsehmedien wurden danach Beschwerden über die regionalen Exekutivbehörden (*icra hakimiyəti*) gemeldet, die „den präsidentiellen Erlässen nicht gehorsam wären“.<sup>108</sup> Es bewährte sich erneut, dass solche Instrumente der Politik eher

106 Grewlich (2005), S. 283.

107 *Azərbaycan Prezidenti İlham Əliyevin sədrliyi ilə Nazirlər Kabinetinin 2009-cu ilin birinci rütbətünə sosial-iqtisadi inkişafının yekunlarına həsr olunmuş iclası keçirilmişdir*, Preslib.az 22.04.2009.

108 *Ağacların qırılmasına icra başçıları rəhbərlik edir*, Azadlıq Radiosu 23.04.2009.

popularisierend auf die Massen wirken und bewährte Testspiele zur künstlichen Sensibilisierung der Loyalität von Beamten sind. Ähnlich klang der Präsident auch, als sich die Bevölkerung in der 60 km von Baku entfernt liegenden Stadt Ismailly gegen den dortigen Herrscherklan auflehnte. Dort musste die Polizei ein großes Arsenal an Technik und Einsatztruppen mobilisieren, um die Ausbreitung des Protests in die anderen Bezirke der Region zu verhindern. Die Stadtbewohner verstimmte das Verhalten des Sohns des Stadtleiters, der gleichzeitig der Neffe eines Ministers ist. Er habe die Stadtinwohner tüchtig ausgescholten und die Leute überfallen. Die Stadtbewohner gingen mit Racheaktionen gegen die Übeltäter vor und setzten das dem Klan gehörende Hotel, eine Villa und mehrere Autos in Brand. Ilham Aliyev entließ den geschästen Exekutivleiter danach.<sup>109</sup> So erklang seine Warnung an die Beamten:

„Jeder Staatsbeamte soll seine Aufgaben mit Verantwortung tragen, Menschen dienen und bescheiden sein. Den Beamten fehlt an Bescheidenheit. [Sie] halten große Zeremonien, prachtvolle Hochzeiten und Jubiläumsfeiern ab. Schickt sich das für einen Staatsbeamten? Meinen 50. Geburtstag habe ich mit den Flüchtlingen in Aghjabadi gefeiert. Das gehört ertens zu meiner Natur, zweitens, ich zeige damit ein Vorbild. Luxuriöse Hochzeiten, Geburts-tagsfeiern, Jubiläen, teure Geschenke. Hört auf! Wer so etwas anstiftet, weiß, wovon und von wem ich spreche. Das betrifft die regionalen Exekutivorgane, genauso wie die zentralen Exekutivorgane. Ich gehe davon aus, dass sie nach diesen Worten, genauso wie ihre Familienmitglieder und ihre Kinder, ihr Benehmen ändern werden.“<sup>110</sup>

Der Ministerialposten ist, wie oben erwähnt, nicht mit dem formalen Stellenwert des Amtes gleichzusetzen. In den Medien und in der politischen Praxis, wenn über ein korruptes Geschäft im Zuständigkeitsbereich eines Ministeriums berichtet wird, treten als die einzelnen Verantwortlichen die Personen in den Chefpositionen zum Vorschein. Diese Vorstellung wird gehegt, weil die hierarchisch institutionalisierten korrupten Geschäfte vorwiegend auf Basis der informalen Anordnungen der Ministeriumsspitze ablaufen.

Elwert widerspricht den Argumenten, die solche informalen Verwaltungspraktiken als patrimoniale Abweichungen präjudizieren.<sup>111</sup> Sein Konzept *Command State* verkörpert das Staatswesen, in dem trotz des formalen Rahmens und der geschriebenen Gesetze, die faktische Autoritätsmacht durch Erlässe, Anweisungen und ad-

---

109 *Azerbaijan: Popular Frustration Explodes in Provincial Town*. Eurasianet 24.01.2013.

110 *Azərbaycan Respublikası regionlarının 2009-2013-cü illərdə sosial-iqtisadi inkişafı Dövlət Programı*“nın icrasının dördüncü ilinin yekunlarına həsr olunmuş konfransda İlham Əliyevin yekun nitqi, Prezident.az 12.02.2013.

111 Elwert (2001), S. 426.

hoc Befehle eine selbststabilisierende Effektivität des Staates bewirkt.<sup>112</sup> Eine Parallele wäre zwischen der aserbaidschanischen Bürokratie und derjenigen Saudi-Arabiens zu ziehen, wo es üblich ist, die gesamte Entscheidungsfindung an die oberen Behörden weiterzuleiten.<sup>113</sup> Dies erklärt sich durch das Widerstreben der oberen Instanzen, die Macht an die unteren Organe zu delegieren. Somit kommt es oft zu Fällen, in welchen die Minister über die banalsten Materien zu entscheiden veranlasst sind, wie „Fluggenehmigungen, individuelle Lizenzanträge oder Geschäftslizenzen.“<sup>114</sup>

Nachdem das Management der rapide gewachsenen Staatseinnahmen und ihrer kommerziellen Entfaltung erforderlich wurde, fiel vielmehr die Nutzungsfähigkeit des Beamten mitsamt seiner informalen Netzwerke als seine amtliche Qualifikation ins Gewicht. Die Minister genießen die kritiklose Akzeptanz als die Eigentümer der administrativen Macht. Die Entlassung eines Ministers bedeutet den Abbau eines materiell vorteilbringenden, informalen Netzwerkes. Schockierend wirkt für manche zivilgesellschaftlichen Kritiker die Realität, in der die Bestechlichkeit als Amtstauglichkeit eingestuft wird.<sup>115</sup>

Solches Handeln der Ministerialbürokraten erklärt sich vor dem Hintergrund, dass dem jeweiligen Amtsträger eine spezielle Verfügungsgewalt zusteht, das heißt, die Autorisierung über die von Amts wegen akkumulierten Profite. Dieser Zustand führt gleichzeitig zur Vulnerabilität des gesamten Beamtentums, das sich dem politischen Diktat zu beugen weiß.<sup>116</sup> Solche politischen Verhältnisse schaffen einen intermediären Raum, der wie „eine private Enklave der Öffentlichkeit“ wirkt, in dem Transparenz zwischen den Komplizen angesagt ist.<sup>117</sup> Wie bereits diagnostiziert wurde, versprechen die informalen Bedingungen in einem autoritären Umfeld bessere Kontrolle und Steuerung angesichts der nicht so hohen Teilnehmerzahl im engen Raum der Vertrauten.<sup>118</sup> Ähnlich wie in Georgien wohnt dem informal agierenden Staat in Aserbaidschan die Kapazität inne, konstante Unsicherheiten innerhalb der amtlichen Verhältnisse zu generieren und sie als probates Mittel auszunutzen, weil die Tätigkeit des Beamten an die administrativ-rechtliche oder strafrechtliche Verantwortung durch das Fabrizieren der Korruptionsfälle zu verknüpfen ist.<sup>119</sup>

---

112 Ebenda.

113 Hertog (2010), S. 24.

114 Ebenda, S. 24.

115 *Aslan Ismayilov korrupsiyaya resept yazdi*, Azadlıq Radiosu 10.02.2011.

116 Safiyev (2015), S. 144.

117 Weeden (1998), S. 505.

118 Köllner (2012), S. 7.

119 Christophe (2005a), S. 172.

Resümierend bleibt zu ergänzen, dass dem Ministerkabinett durch ihr funktionales Vakuum keine wirksame politische Rolle zukommt. Die Macht ist mittels interelitärer Netzwerke in einzelne Ministerien zerteilt und wird von der zentralen Ob rigkeit, insbesondere vom Staatsoberhaupt, überragt. Die Ministerialämter münden in einen Beamtenapparat mit kommerzialisierten Tätigkeitsfeldern.<sup>120</sup> An der informal bedingten Arbeitsweise wird feststellbar, wie die zentralisierte Befehlsordnung für das Vorbeiregieren an den verfassungsrechtlich befugten Organen des politischen Systems Vorrang hat.

Im Folgenden richtet sich der Blick auf die Parlamentstätigkeit. Im Zuge eines Institutionenaufbaus wurde die informale Macht der exekutiven Gewalt gestärkt, wobei die historisch bedingte und verfassungsrechtlich festgeschriebene Vorrangstellung des Parlaments in den Hintergrund gedrängt wurde. Die aktuelle Anhängselrolle des Parlaments erklärt sich angesichts der Formalisierung des politischen Systems, wodurch die formalen Entscheidungskompetenzen des Parlaments obsolet wurden.

### **4.3 AKKLAMATIONSPARLAMENT UND INFORMAL KONSTITUIERTE GEWALTENKONFUSION**

Wie White et al. beschreiben, war der Oberste Sowjet in der Sowjetunion zur dekorativen und untergeordneten Rolle verdammt. Die Obersten Sowjets durften angesichts der Gefahr einer Autoritätenkonkurrenz nur komplementär wirken und in ihren Entscheidungen mit der Kommunistischen Partei nie im Wettbewerb stehen.<sup>121</sup> Die Obersten Sowjets dienten zur Vorspiegelung der öffentlichen Diskussion über die für die Parteiautorität weniger gefährdenden Themen.<sup>122</sup> In Aserbaidschan war die Wahl der Abgeordneten der Obersten Sowjets (*Ali Sovet*) der obersten Parteientcheidung überlassen. Man rekrutierte die Mitglieder des Parlaments überwiegend aus Kolchosbauern, Arbeitern, Intellektuellen und Staatsbediensteten.<sup>123</sup> Der Oberste Sowjet des sozialistischen Aserbaidschans wurde zum Ende 80er Jahre eine energische Plattform des politischen Geschehens. Ende der 80er wechselte der Kampf durch populäre Figuren aus dem Umfeld der Straßenproteste in die heißen Parlamentsdebatten über.<sup>124</sup> Später wurde in der gesamtsowjetischen Auflösungsse

---

120 Vgl. Hensell (2009), S. 192.

121 White et al. (1982), S. 90-91.

122 Ebenda.

123 *Azərbaycan Respublikasının Milli Məclisi*, Meclis.az 11.11.2013.

124 Am 22. Januar hob der Oberste Sowjet gegen den Willen Moskaus die Ausgangssperre in der Stadt Baku auf. *Çağdaş siyasi durum, Azərbaycan demokratik qüvvələrinin*

rie der Sowjetorgane der Oberste Sowjet als Teil der sowjetischen Hinterlassenschaft hinfällig.

Mutallibov rief im Juni 1990 Wahlen zum Obersten Sowjet aus.<sup>125</sup> Die Mehrheit der gewählten Abgeordneten bildete die Bürokratenschicht aus den Regionen, denen die Seilschaften und illegale Ressourcen zum Wahlgewinn verhalfen.<sup>126</sup> Sie waren politisch so passiv, dass Mutallibov unter dem aktiven Boykott der Volksfrontisten auf die Schaffung eines „Parlaments im Parlament“ mit 50 statt mit 360 Abgeordneten einging. Das Parlament war auch ineffektiv in seiner legislativen Funktion, weil es zu einem Ort des endlosen Machtkampfes der Konfliktparteien wurde. Im Februar 1991 wurde bei der ersten Sitzung des neu gewählten Parlaments über das strittige Thema „Verhältnis zu Russland“ diskutiert. Die volksfrontistische Minderheit verließ unter dem stürmischen Beifall der Kommunisten den Saal.<sup>127</sup> Zu jenem Zeitpunkt gab es einen Terroranschlag auf einen Hubschrauber mit offiziellen Staatsbediensteten Aserbaidschans an Bord über Bergkarabach. Alle Insassen, darunter ein Drittel des Regierungskabinetts von Mutallibov, die sich aufgrund ihres patriotischen Engagements in der Bevölkerung einer hohen Beliebtheit erfreuten, kamen um. Dies war nun für unterstützunglosen und vereinsamten Präsidenten auch der Hauptgrund Kompromisse mit der Opposition zu suchen, um die Regierungsstabilität zu garantieren.<sup>128</sup>

In dem kleinen Parlament – Nationalrat – *Milli Şura* wurden die Sitze gleichmäßig zwischen Mitgliedern der regierenden Partei und dem Demokratischen Block verteilt.<sup>129</sup> Im neuen Gesetz dazu war vorgesehen, dass der Nationalrat ermächtigt wird, alle Fragen nationaler Relevanz, mit Ausnahme der Einschränkung der Präsidentenbefugnisse und seiner Amtsenthebung, zu lösen.<sup>130</sup> Da aber der Oberste Sowjet formal gesehen noch erhalten blieb, wurde die technisch-institutionelle Zweideutigkeit nicht aus dem Weg geräumt.<sup>131</sup> Zu dessen funktionaler Versehrtheit trug bei, dass die Abgeordneten im Falle des Nichtübereinstimmens mit der präsidentiellen Politik um ihre Sitze kämen, während der Präsident neue Parlamentswahlen erklären oder die Wiederherstellung des alten Obersten Sowjet veranlassen konnte.<sup>132</sup>

---

*məqsəd və vəzifələri. AXC-nin I qurultayında AXC sədri Əbülfəz Elçibəyin siyasi məruzəsi*, Azadlıq qəzeti 19.07.1991.

125 Swietochowski (1999), S. 93.

126 Furman/Abasov (2001), S. 138-139.

127 Balayev (1992), S. 64; Chernyavskiy (2002), S. 156-157; Bolukbasi (2011), S. 118.

128 Stolyarov (2001), S. 199; Furman/Abasov (2001), S. 143.

129 Ebenda, S. 72; Goltz (1999), S. 114; Kuliev (2001), S. 235.

130 Balayev (1992), S. 72-73.

131 Bolukbasi (2011), S. 179.

132 Kuliev (2001), S. 236.

Der Nationalrat musste sich am Willen des Präsidenten orientieren und wie eine Nebenorganisation der Gesetzgebung fungieren.<sup>133</sup>

Mutallibov dankte im März 1992 ab, die Volkfrontisten übernahmen die Macht im Parlament. Am 14. Mai wurde Mutallibov vom Obersten Sowjet wieder zum Präsidenten gekürt. Nur dauerte es einen Tag, bis die Volksfront ihn des Amtes entthob.<sup>134</sup> Nach dem *coup redux* wollte die nun für kurze Zeit errichtete Regierung der Volksfrontisten den gewonnenen Machtkampf im Sinne der demokratischen Ideale durch das einzige funktionierende Organ – das Parlament – legalisieren. Nach ihrer Machtergreifung insistierte sie darauf, den Obersten Sowjet zugunsten des 50-köpfigen Nationalrates aufzulösen. Goltz beschreibt, wie die Abgeordneten des Obersten Sowjets ins Parlamentsgebäude geholt wurden, um das Abstimmungsquorum zu erreichen. Einer nach dem anderen mussten sie für die Abwahl des alten Parlamentsvorsitzenden, für die Neuwahl des neuen Parlamentsvorsitzenden und schließlich die Auflösung des Obersten Sowjets stimmen.<sup>135</sup> Als die erste Abstimmung nicht durchkam, und die Kommunisten argumentierten, dass dies ein undemokratischer Akt sei, weil der Oberste Sowjet im Gegensatz zum Nationalrat ein gewähltes Organ war, wurden die Forderungen der Volksfrontisten härter. Unter Gewaltandrohung, die Abgeordneten im Parlamentsgebäude gefangen zu halten und mit Andeutungen spielend, dass es schon zu spät sei und alle in dem nach außen hin versperrten Gebäude übernachten müssten, wurde die gewünschte Anzahl der Stimmen erreicht.<sup>136</sup> Damit wendete die neue Führung für sich die Gefahr eines mehrheitlich von der Opposition dominierten Gesetzgebungsorgans ab.<sup>137</sup> Ein steuerbares Parlament war von der national-demokratischen Regierung erwünscht. Der Termin für die Parlamentswahlen wurde vorsorglich aus Angst vor einer fehlenden Mehrheit in die Zukunft verschoben.<sup>138</sup>

Die Konstituierung des Parlaments als eine halbe Institution, deren Funktionen und Entscheidungsbereiche undeutlich und zumal eingeschränkt blieben und in ihrer Essenz lediglich eine Machtbalance der rivalisierenden Kräfte herstellte, führte schließlich dazu, dass das Parlament im politischen System Aserbaidschans zu einer Begleiterscheinung wurde und der informale Steuerung durch die Exekutive nicht Einhalt geboten werden konnte. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der Woge des permanenten Machtzerrens das Parlament zu einer Prüfstelle einerseits

---

133 Alkan (2010), S. 63.

134 Furman/Abbasov (2001), S. 140 f.

135 Goltz (1999), S. 200 ff.

136 Bolukbasi (2011), S. 192; Goltz (1998), S. 205.

137 Danach hieß es *Milli Məclis*, was dem heutigen Namen des Parlaments Aserbaidschans entspricht. *Azərbaycanın ilk Milli Şurası*, Azadlıq Radiosu 14.05.2013.

138 Kuliev (2001), S. 237.

der liberal-demokratischen und andererseits autoritär-korrupten Machttechniken wurde. Die sich an der Kriegsfront abzeichnenden schweren Verluste trugen die Politik der Regierungen mit, so dass wegen der Ineffizienz der Regierungsarbeit und der andauernden Machtkrise die Überzeugung gestärkt wurde, die parlamentarischen Diskussionen seien ein unnützes Unterfangen. So lautete die Pragmatik der Zeit, die Präsidialrepublik, auch wenn sie nur mit impliziten antidemokratischen Methoden umzusetzen wäre.<sup>139</sup>

#### **4.3.1 Die informalen Eingriffe der Exekutive in den Bereich der Legislative**

Das Parlament war für Heydar Aliyev nicht allzu schwer zu lenken und wurde schnell zum Anhängsel der Exekutive. Die Kultur der parlamentarischen Diskussion tendierte durch Aliyevs Politikführung besonders scheinheilig zu werden und verlor an Wert.<sup>140</sup> Bis 1995 arbeitete Aliyev an der Erhöhung der Parlamentssitze von 50 auf 75, wodurch er die überstimmende Parlamentsmehrheit zu gewinnen beabsichtigte, was ihm jedoch nicht gelang.<sup>141</sup> Nach den Wahlen im Jahr 1995 hatte sich das Spektrum der politischen Kräfteverhältnisse im Parlament verändert. Die Mehrheit der Sitze fiel den regierungsnahen Abgeordneten zu. So waren 10-15 der Abgeordnetensitze von den Ministern besetzt worden, die direkt dem Präsidenten unterstanden. Diese Scheinparlamentarier kamen kaum zu den täglichen Sitzungen, nur wenn die Mehrzahl bei der Abstimmung eines für das Regime günstigen Gesetzes nötig war.<sup>142</sup> Chernyavskiy kategorisiert drei Typen an Abgeordneten in der damaligen Regierungsfraktion. Die ersten waren die unmittelbaren Verwandten des Präsidenten und die Mitglieder des Klanumfeldes. Die Mitglieder der Neuen Aserbaidschanischen Partei (YAP) bildeten die Unterstützungsgruppe der herrschenden Parteilinie. Und für die dritte Kraft standen diejenigen aus den kleinen Parteien, die den scheinbaren Parteienpluralismus repräsentierten und das Gesicht der Demokratiemäßigkeit des Regimes wahren mussten.<sup>143</sup> Ein skurriles Faktum in der Geschichte des Parlaments ist, dass sich Ilham Aliyev während seines Abgeordnetenmandats nie zu Wort meldete. Er bleibt als „der geduldigste Abgeordnete“ in Erin-

---

139 Alkan (2010), S. 63-64.

140 Kuliev (2001), S. 238.

141 Ebenda.

142 Ebenda, S. 245.

143 Chernyavskiy (2002), S. 181.

nerung. 2000-2005 sind 15 Prozent der Abgeordneten unmittelbare Vertreter der exekutiven Gewalt gewesen, obwohl der Art. 85 der Verf. dies verbietet.<sup>144</sup>

Mit der Einführung der Mehrheitswahl neutralisierte sich das Parlament als eine wirkungsmächtige Institution in der Herrschaft 2002, wonach alle 125 Sitze jeweils auf 125 Wahlkreise verteilt wurden. Vor dieser Entscheidung wurden 25 der Abgeordnetenplätze in der Verhältniswahl vergeben.<sup>145</sup> Die Listenwahl der Parteienkandidaten wurde abgeschafft, wodurch auch die soziale Repräsentanz der Parteien schrumpfte. Umgekehrt rückte der Nepotismus in den Wahlkreisen als manipulatives Instrument in den Vordergrund.

Die regierungsnahen Vertreter des Parlaments registrieren sich als parteilos. Dies wurde bei der Zusammensetzung der Wahlausschüsse als Trick verwendet. Der Zentrale Wahlausschuss (MSK) besteht aus 15 Mitgliedern, wenn man die „Parteilosen“ dazu zählt. Die Mitgliederzahl in dem Wahlausschuss ist dann aber nicht paritätisch aufgeteilt. Denn die 6 Mandate gehören der regierenden Partei YAP mit der Parlamentsmehrheit, drei sind die so genannten Unabhängigen und die anderen kommen aus den Oppositionsparteien, die entweder im Parlament oder außerhalb des Parlaments repräsentiert sind. Für die regierende Partei ist somit immer die Abstimmungsmehrheit in dem Wahlausschuss garantiert, weil die Unabhängigen beeinflussbar sind und sich bisher immer unisono jeglichen Initiativen der Oppositionsparteien widersetzen und mit der regierenden Partei zusammengesetzt und mit der regierenden Partei zusammengesetzt.<sup>146</sup>

#### **4.3.2 Die steile Karriere und der blitzschnelle Untergang eines Oligarchen-Abgeordneten**

Die Palette der Parlamentarier in der Legislaturperiode von 2005 bis 2015, die wie bereits vorgeführt von der Präsidialverwaltung listenweise angeordnet wurden, gestaltete sich im Laufe der Jahre nicht mehr parteipolitisch. Selektiert wurde aus denjenigen, die sich durch ihre kommerziellen Aktivitäten auszeichneten. Mit einer kurzen biographischen Analyse der Karrierelaufbahn der Parlamentsabgeordneten könnte man sich ein Bild davonmachen, wie die Parlamente der Jahre 2000-2015 aus den Verwandtschaftskreisen der hohen Staatsbeamten, dem Lobbykreis einiger machtvoller Minister oder aus den Geschäftsfeldern und des Freundeskreises des Präsidenten zusammengesetzt waren.<sup>147</sup> Der Abgeordnetensitz galt eine Zeit lang

---

144 *Demokraturadan Demokratiyaya. Azərbaycanda qarşıq seçki sisteminin bərpası niyə zəruridir?* Media Forum 03.06.2006; Ismayilov (2007), S. 70.

145 Alkan (2010), S. 98.

146 Küpeli (2010), S. 37-38.

147 Aydin Abbasov, der Sohn des früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Abbas Abbasov. Er wurde vom Wahlkreis Nizami Nr. 37 (Ganja) gewählt und hat seit 2005 einen

als zweite Einnahmequelle und zur Absicherung des angehäuften Kapitals. Laut dem Abgeordneten Penah Huseynli setzten viele Parlamentarier, die gleichzeitig Geschäftsmänner waren, auf den Vorteil der Abgeordnetenimmunität, in der Hoffnung, dass die Position des Abgeordneten ihnen den Schutz gegen Strafverfolgungen bieten würde:

„Später habe man aber feststellen müssen, dass der Abgeordnetenstatus im Gegenteil mit noch mehr politischen Risiken behaftet ist. Früher verlief der Weg zum Abgeordneten durch den Aufstieg und eine Laufbahn innerhalb der regierenden Partei YAP. Heute sind es vor allem Handlanger mit Patronage-Verbindungen (*kiminsə əl adamları*), die im Parlament sitzen. Die Sorge um das verdiente Kapital trieb Geschäftsleute, wie Husein Abdullayev, Baba Taghiyev oder Farhad Garibov an, Abgeordnete zu werden. Damit sind sie aber direkt ins Unglück gerannt, weil sie fälschlicherweise glaubten, einer politischen Aktivität nachgehen zu können.“<sup>148</sup>

In der folgenden Geschichte des Abgeordneten Huseyn Abdullayev ist der folgende Aspekt erkenntnisrelevant: wie es einem früheren Schutzgelderpresser (*racketeer*), Leiter einer illegalen bewaffneten Truppe, die sich anweisungsgebunden an den Gegnern des politischen Regimes rächte, gelang, auf dem Umweg der formalen Strukturen und durch sein vermeintliches gesellschaftliches Engagement bis zu einem Abgeordneten zu werden und dabei gleichzeitig auch sein Unternehmensspektrum zu erweitern. Seine Karriere stellt somit unter Beweis, wie die politischen Aufstiegsmöglichkeiten in heutigem Aserbaidschan aussehen. Die Ära von Ilham Aliyev war dadurch gekennzeichnet, dass die früher im Hintergrund versteckten Machthaber nun in die offene Politik gingen und sich ihrer illegalen Vergangenheit nicht scheut. Das Parlament vom 2005 unterschied sich wesentlich von den früheren Parlamenten, indem man den vom sozialen Ruf her als kriminell angesehenen Akteuren, die Chance bot auf die öffentliche politische Bühne zu treten. Zugleich verdeutlicht dieses Beispiel wiederum, dass in Aserbaidschan das Politische vom Wirtschaftlichen, das Legale vom Illegalen *per se* nicht zu trennen sind, dass sie einander bedingen. Jeder Akteur der Politik muss zugleich vom Regime durch eine

---

Abgeordnetensitz. Adil Aliyev, der Bruder des ehemaligen Polizeidirektors der Stadt Baku Maharram Aliyev, wurde seit 2005 zwei Mal ins Parlament gewählt. Rövnag Abdullayev, der amtierende SOCAR-Präsident wurde seit 2005 zwei Mal ins Parlament gewählt. Mukhtar Babayev, der seit 1994 in diversen hohen Positionen bei SOCAR arbeitete, ist seit 2010 Abgeordneter. Die Liste kann weitergeführt werden.

148 Interview mit Penah Hüseyli, 10.09.2009.

Genehmigung (*raziliq*) zur Handlung „ermächtigt werden“, auch diejenigen, die gesetzliche Immunität genießen. Umgekehrt, kann unter Umständen die ganze wirtschaftliche Beschaffenheit im Nu zunichte gehen.

Am 16. März 2007 kam es im aserbaidschanischen Parlament zu einer Prügelei. Ein äußerst seltener Fall in der Parlamentsgeschichte Aserbaidschans. Bisher haben die Abgeordneten einander unflätig beschimpft, ein berühmter Oppositionsparteichef Ali Karimli wurde sogar aufgrund seiner angeblich homosexuellen Vergangenheit verunglimpft, was in einer patriarchal-männlichen Gesellschaft wie Aserbaidschan sehr herabwürdigend ist. Aber es kam nie dazu, dass die Parlamentarier handgreiflich wurden. Huseyn Abdullayev, ein parteilos, aber regimetreuer Abgeordneter, hatte an dem Regierungsbericht des Ministerpräsidenten Artur Rasizade etwas auszusetzen. Man kann sogar ironisch sagen, „er fand ein Haar in der Suppe“, denn bisher lief solche Berichtabgabe ohne einer kritischen Anmerkung ab, es sei denn, ein Parlamentarier aus der Opposition meldete sich zu Wort. Abdullayev nannte den Regierungsbericht eine Beleidigung des aserbaidschanischen Volkes und die Präsentation des Regierungskabinetts über die geleistete Arbeit war in seiner Ansicht verspätet.<sup>149</sup> Gelächter brach im Raum aus, was Abdullayev in Wut brachte. In dem Moment regte sich Fezail Aghamali von der regierungsnahen *Ana Vatan*-Partei über Abdullayevs Anmerkung auf, woraufhin Abdullayev ihn mit obszönen Schimpfworten überschüttete. In den Videoaufnahmen sah man ganz deutlich, wie Fezail Aghamali als erster zugeschlagen hat. Mit einem Ruck versetzte aber der etwas jüngere und kampffähigere Parlamentskollege ihm einen so starken Schlag, dass er nur mit Mühe und Not auf den Füßen blieb. Einige Abgeordnete sprachen ihr Bedauern über den Vorfall aus. Abdullayev gab in der Presse bekannt, dass seine Kritik einzig dem Ziel gedient habe, Ilham Aliyevs politische Linie zu unterstützen.<sup>150</sup>

Später, als sich das Gerede um Abdullayev beruhigte, spielten die Zeitungsaufnahmen auf die Inszenierung des Falls an. Doch, wie auch die Erklärung des ehemaligen YAP-Exekutivsekretärs Ali Ahmadov bestätigte, war es nicht die Art des Regimes gegen treuen Gefolgsmänner vorzugehen.<sup>151</sup> Abdullayevs Fehler war, dass er die Spielregeln nicht genügend verinnerlicht hatte, die einen öffentlichen Protest ausklammern, denn somit werden die unter vier Augen geteilten Liebschaften des israelitären Umgangs hinfällig. Viele Kommentatoren sahen dahinter eine Provokati-

---

149 *Draka v Milli Medjlise. Guseyn Abdullayev i Fazail Agamali spetsilis v rukopashnoj*, Mediaforum.az 16.03.2007.

150 *Advokat Kjamandar Nasibov: „Gusejn Abdullajev prodolžaet podderživat' liniju Gej-dara Alieva“*, Mediaforum.az 27.03.2007.

151 *Reports about planning Huseyn Abdulayev's arrest are groundless, Ali Ahmadov says*, Day.az 03.04.2007.

on, die planmäßig durchdacht wurde, um den bei einigen Regimetreuen längst unbeliebten Rivalen Abdullayev zu schwächen. In der oppositionellen Presse wurde spekuliert, dass die Ausschaltung eines als eigenständig geltenden Gefolgsmänner von Heydar Aliyev, das Resultat einer eliteinternen politischen Konfrontation wäre. Die Zeitung *Yeni Musavat* verkündete am 25. März damit einen Neustart der alternativen politischen Kraft, die sich um den rivalisierenden Präsidentenonkel Jalal Aliyev bildete.<sup>152</sup> Solche Parteigetreuen wie Abdullayev waren sicher, dass der Präsident Ilham Aliyev ihre Unterstützung gebrauchen kann. Doch fiel dem Präsidenten eine solche Angewiesenheit mit einem Mal lästig und er ersetzte ähnlich wie Huseyn Abdullayev, Sirus Tabrizli, Ali Insanow mit Leuten, die persönlich ihm (und nicht Heydar Aliyev) zugetan sind.<sup>153</sup>

Man könnte glauben, dass das Regime diesen Fall mit Ruhe übergeht. Dennoch sollte aber der Gefolgsmann Abdullayev wegen des Verstoßes gegen die „Disziplinarregeln“, die lediglich im Innern der Elite beherzigt ist, zurechtgewiesen werden. Als das einfachste Mittel gegen den mit Immunität versehenen Abgeordneten wurde der Auftrag der Staatsanwaltschaft ersonnen.<sup>154</sup> Berufend auf den Art. 90 Abs. 2. der Verfassung, in welchem die Annulierung des legalen Schutzes des Parlamentsmitglieds im Falle eines Strafrechtsfalls vorgesehen wird, erläuterte der Vize-Generalanwalt offiziell die Anschuldigung an Abdullayev im Hooliganismus. Abdullayev wurde wegen Körperverletzung verklagt, obwohl sein Opfer sich einige Tage zuvor einer Anzeige gegen ihn verweigerte.<sup>155</sup>

Drei Tage nach der Immunitätsaufhebung wurde Abdullayev auf der Fahrt zum Treffen im OSZE-Office in Baku von der Abteilung für Bekämpfung der organisierten Kriminalität beim Innenministerium erstürmt, festgenommen und unbekannte Richtung gefahren.<sup>156</sup> Als er nach einer monatelangen Haft befreit wurde, dankte

152 *Po mneniju analitikov, bor'ba za vlast' v azerbajdzanskom pravitel'stve možet vyzvat' „političeskiy krizis“*, Eurasia Insight, 06.10.2006.

153 *Political shake up in Azerbaijan shows increasing President Aliyev's position*, Eurasia Daily Monitor 30.03.2007.

154 *V Parlamente rassmatrivaetsja vopros o snjatii deputatskoj neprikosnovennosti Gusejna Abdullaeva*, Mediaforum 19.03.2007.

155 *Milli Məclisin 19 mart 2007-ci il tarixli iclasından reportaj*, Mediaforum 19.03.2007, *Milli medžlis otmenil deputatskuju neprikosnovennost' Gusejna Abdullaeva*, Mediaforum.az 19.03.2007.

156 *Kak v našej strane arestovyyvajut smelykh deputatov*, Realnij Azerbaidzhan 22.03.2007.

seine Mutter persönlich dem Präsidenten Ilham Aliyev.<sup>157</sup> Das Gericht berücksichtigte die entlastenden Umstände des Verklagten, wie auch seine Wohltätigkeitssaktivitäten und seine Arbeit als Abgeordneter.<sup>158</sup>

Das Politikwochenmagazin *Realnyj Azerbajdžan* betitelte Huseyn Abdullayev als einziger wahrhaftigen Oligarchen des unabhängigen Aserbaidschans. Huseyn Abdullayev, mit dem Spitznamen „Guska“ gehörte zur *nouveau riche* der Heydar Aliyevs Führung. In den ersten Jahren stand Abdullayev an der Spitze der persönlichen Garde des Präsidenten. Als 1992 und 1993 die Volksfront Aliyevs in Nakhichevan bedrohte, stand Abdullayev im Dienst des Nakhichevaner Vorsitzenden des Majlis. Seine Truppen vertrieben die Volksfront-Demonstranten vom Vorplatz des Parlamentsgebäudes dort. Huseyn Abdullayev verriet seinen Präsidenten nie, der über ihn einmal gesagt haben soll: „Solche wie Huseyn verraten nie“.<sup>159</sup>

Für seine Treue und „unersetzblichen Dienste“ wurde Abdullayev angemessen belohnt. Als erstes bekam er den Besitz eines kleinen Unternehmens. Bald schaffte er mehr Kapital an, das er aus der Verfrachtung von Rohmetall aus der Ukraine in den Iran verdient hatte.<sup>160</sup> In seinen Interviews bezeichnete er sich als Mäzen. Außerdem genoss Huseyn Abdullayev hohes Ansehen als Komponist unter der Pop-Elite des Landes. Anscheinend hatten diese Charakteristiken seinen Ehrgeiz erhöhen, was ihm aber zum Verhängnis wurde.<sup>161</sup>

Abdullayev inszenierte sich als Volksvertreter. Er geißelte den Innenminister Ramil Usubov, nachdem die kriminellen Machenschaften innerhalb des Innenministeriums entlarvt wurden.<sup>162</sup> Abdullayev bezichtigte ihn der Gängelei einer Bande, deren Anführer von hochrangigen Polizisten des Staates gedeckt wurden. Der Innenminister sollte einen Rechenschaftsbericht darüber abgeben, so Abdullayevs Forderung, woraufhin ein Wink von der Präsidialverwaltung kam, die Probleme des Innenministeriums nicht im Parlament zu diskutieren.<sup>163</sup> Die politische Szene in den

<sup>157</sup> *Advokat Kjamandar Nasibov: „Gusejn Abdullajev prodolžaet podderživat' liniju Gejdara Alieva“*, Mediaforum, 27.03.2007, *Guseyn Abdullayev napravil pismo v gazetu „Zerkalo“*, 1news.az 10.04.2007.

<sup>158</sup> *MP Huseyn Abdullayev released*, Today.Az 19.05.2007.

<sup>159</sup> *Banditskij Baku. Brigada. Istorija Guseina Abdullajeva*, Realnij Azerbaidzhan 19.04.2008.

<sup>160</sup> *Banditskij Baku. Teni isčezajut v polden'* 19.04.2008.

<sup>161</sup> *Guseyn Abdullayev: Glavnoe –eto moi izbirateli*, Ekho 02.09.2006.

<sup>162</sup> *MP: „Ramil Usubov responsible for Haji Mammadov's gang“*, Today.az 10.10.2006.

<sup>163</sup> *Po mneniju analitikov, bor'ba za vlast' v azerbajdzanskom pravitel'stve možet vyzvat' „političeskij krizis“*, Eurasia Insight, 06.10.2006.

Anfangsjahren Ilham Aliyevs Präsidentschaft wurde meinungsfreier und viele schmierten dem Präsidenten Honig ums Maul, um seine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Mein Interviewpartner, der Politikjournalist Mirkadirov charakterisierte wohl treffend die politische Figur wie Abdullayev auf der politischen Bühne Aserbaidschans:

„Heydar Aliyev mochte es, mit komplexen Konstruktionen des Politikspiels zu arbeiten. In der Präsidentschaft von Ilham Aliyev ist jedoch alles schlicht und einfach. Unter Heydar Aliyev machten viele ihren Gewinn aus dem Erdölgeschäft, wie auch Huseyn Abdullayev. Die Gewinne gingen an die Loyalen, wie den Abgeordneten Anar Mammadkhanov, der eine kleine Erdölexportfirma besaß oder auch an Menschen aus der Kultur, der Presse; sie wurden zu Günstlingen des Regimes gemacht. Ilham Aliyev sah in solchen ‚parasitären‘ Kräften keinen besonderen Nutzen. Huseyns Abdullayevs plötzlicher Aufruhr erklärt sich damit, dass er seinen Einkommensquellen entbehren musste.“<sup>164</sup>

Auf Basis dieses Beispiels lässt sich sagen, dass sich in den Handlungen der Agierenden die informalen Praktiken das gegenseitige Bedingungsverhältnis widerspiegeln. Das informale System der Herrschaftsbeziehungen konstituiert sich „nicht als umstandslose Umsetzung eines auf dem Reißbrett ersonnenen Plans“, eher aber als Reaktion „der beteiligenden Akteure auf die sich bietenden Anlässe und Gelegenheiten“.<sup>165</sup> Die Informalität gewährt dem Regime die Möglichkeit, die öffentlichen und auch privaten Vertrauensräume zu durchdringen und durchbrechen. Die Informalisierung der politischen Institutionen und ihrer Rolle ist der Herrschaft auch eine Möglichkeit, sich der Hindernisse der Gewaltententeilung und der Bildung wirklicher Opposition zu erwehren. Die politische Plattform entkommt der Konkurrenz und den Machtstreitigkeiten, die im Rahmen von funktionierenden Strukturen unausweichlich wären und verläuft zwischen den regierungsinternen Klanggruppen, die sich der Blackmail-Technologie oder auch Loyalitäts- und Treuebezeugung gegenüber dem Regime bedienen.

#### **4.3.3 Das Parlament als Akklamationsorgan**

In der Ära Ilham Aliyevs verstärkte sich die schon zementierte Abhängigkeit des Parlaments von der Präsidialverwaltung. Infolge der übermäßigen Ausübung der präsidentiellen Gesetzgebungsinitiative, „als hätte der präsidentielle Ausschuss für

---

164 Interview mit Rauf Mirkadirov, 20.-21.03.2008.

165 Stykow (2010a), S. 73.

*Gesetzesreformen* mit dem Parlament die Rollen gewechselt.“<sup>166</sup> An den Gesetzesinitiativen ist die Opposition angesichts der Mehrheitspräsenz der Partei der Macht und ihrer Satelliten faktisch nicht beteiligt. Die vorabgestimmte Prozedur zwischen der Präsidialverwaltung und dem Parlament sind in den Augen des servilen Parlamentsvorsitzenden dabei ein guter Erfolg.<sup>167</sup> Ein Parlamentarier Jamil Hasanli (2005-2010) erzählte dem Verfasser im Interview, dass die Lage eine solch skurrile Form erreicht habe, dass fast alles, sogar eine Gesetzesinitiative über die Pferdezucht, die „Unterschrift“ der Präsidialverwaltung trage:

„Es gibt manche Sachgebiete, in der das Gesetzesinitiativerecht des Präsidenten passend erscheint. Das heißt aber nicht, dass von diesem Recht in 70 bis 80 Prozent aller gesetzgeberischen Arbeit des Parlaments Gebrauch gemacht werden soll?! Die Verwaltungsorgane, Ministerien und Behörden lassen in ihrem eigenen Sinne die Gesetze entwerfen und in das sachbezogene Departement der Präsidialadministration einbringen. Verkauft werden diese aber als Gesetzesinitiativen des Präsidenten an das Parlament. Naturgemäß wiederspiegelt das Gesetz Interessen der dazugehörigen Behörde bzw. des Ministeriums. Käme der Gesetzentwurf vom *Milli Majlis*, wäre er objektiver und es wären die Interessen der Gesetzessubjekte, also des Volkes bzw. des öffentlichen, sozialen und kulturellen Lebens ausgewogener vertreten.“<sup>168</sup>

Nach der neuen Regelung musste der jährliche Arbeitsplan des Parlaments mit der Präsidialverwaltung im Voraus abgestimmt werden. Das Gesetz „Über die Standards der Normativen Akte“ regelt demnach die Koordination der gesetzgeberischen Tagesordnung mit der Präsidialverwaltung. Damit passte sich die Präsidialverwaltung zur Fernsteuerung des legislativen Prozesses auch zeitlich an. In der Oppositionspresse gab man dem Parlament aus diesem Grund den Namen „parlamentarisches Ministerium.“<sup>169</sup> Die Gesetzgebung wird infolgedessen zentriert, um Unstimmigkeiten, die auf dem Wege entstehen, zu beheben.<sup>170</sup> Der vertikale Automatismus zeigte sich 2008, während sich die Parlamentarier Mühe gaben, die Änderungen zur Präsidentschaft zeitlich vor dem Verfassungsgerichtshof einreichen zu

---

166 Badalov/Mekhti (2005), S. 180.

167 Babayev (2010), S. 55-56.

168 Interview mit Jamil Hasanli, 11.02.2009.

169 *Xunta quruculuğu istiqamətində daha bir addım*, Azadlıq qəzeti 10.04.2010 zit. nach *Azerbaijan: Vulnerable Stability* 2010, S. 6. Im Jargon der oppositionellen Kräfte wird auch die Bezeichnung „YAParlament“ verwendet, was zeigen soll, dass das Parlament der Parteisitzung der regierenden Partei YAP gleichkommt.

170 *IV parlament: onu necə təsəvvür edirik?* Azadlıq Radiosu 13.08.2010.

können, so dass auch das Entscheidungsdatum des Verfassungsgerichtshofs mit dem Geburtstag von Ilham Aliyev übereinstimmte.<sup>171</sup>

Die durchdringende Übermacht in der Betonung der Präsidentenrolle lässt die Vertikalisierung der Ordnung sichern und macht das Parlament bloß zur Diskussionsplattform der regierenden Kräfte. Nach und nach leitete sich ein Prozess der Aushebelung der Verfassungsprinzipien ein, der die gesetzgebende Hoheit des Parlaments hart traf. Es blieb die faktische Machtlosigkeit des Parlaments übrig.

#### 4.4 DIE PARTEI DER MACHT „NEUES ASERBAIDSCHAN“ – EIN EXEMPEL DER PARTEIPOLITISCHEN INFORMALITÄT

Im Hinblick auf die Diktaturen der Gegenwart teilt man in der komparativen Politikforschung die Ansicht, dass die Regime mit einer dominierenden Partei mehr Stabilisierung einbringen, als wenn es sich um die Herrschaftspartei handeln würde.<sup>172</sup> Die Rede ist nicht unbedingt von der Überschneidung der bürokratischen mit den parteilichen Hierarchien, wie es in der Sowjetunion der Fall war.<sup>173</sup> Die Partei der Macht (häufige auch unter anderer Namensverwendung<sup>174</sup>) wird hauptsächlich informal gesteuert, was im Endeffekt ihre nebенsächliche Rolle in den autoritären Staaten begründet.

Die Partei „Neues Aserbaidschan“ (*Yeni Azərbaycan Partiyası*, kurz „YAP“) teilt gewisse Ähnlichkeiten mit der Partei der Macht. Jedoch weist sie als formal/informaler Organisationshebel in der aserbaidschanischen Politik anderweitige Besonderheiten auf. In der Entwicklung der Partei der Macht in Aserbaidschan zeichneten sich zwei Perioden ab. Unter Heydar Aliyev war die YAP weitgehend in den öffentlichen Dialog mit der Opposition involviert und bestrebt, eine ideologische und mobilisierende Kraft für die eigenen Anhänger zu sein. Die Mobilisierung eigener Anhänger unter der Schirmherrschaft einer Partei passte zur Hochkonjunktur der Parteienkonkurrenz von 90er Jahre.<sup>175</sup> Im Nachhinein wollte sich Heydar Aliyev mit der Machtvergabe an die „Pro-Präsidenten Partei“ nicht die Hände fesseln. Er gerierte sich als Präsident des ganzen Volkes.<sup>176</sup> Vor seinem politischen En-

<sup>171</sup> *Konstitusiya Məhkəməsi Azərbaycan Konstitusiyasına əlavə və dəyişikliklərlə bağlı layihəyə dekabrın 24-də rəy verəcək*, APA 22.12.2008.

<sup>172</sup> Bank (2009), S. 14.

<sup>173</sup> Fainsod (1965), S. 636.

<sup>174</sup> Im Englischen ist der Begriff *dominant party* im Gegensatz zu *ruling party* geläufig.

<sup>175</sup> Fenz (2003), S. 177.

<sup>176</sup> Furman (2006), S. 14.

de (2003) erwies sich die Partei der Macht als regimestabilisierender Faktor.<sup>177</sup> Aus dem Krankenhaus in der Türkei appellierte er an das Volk und an die Partei des Neuen Aserbaidschans, der er die Nachfolgerschaft seines Sohns anvertraute.<sup>178</sup> Die regimetreuen Kräfte waren damit unter der Idee der Partei vereint, deren Unterstützung er wertschätzt, was klar zeigt, dass die Partei der Macht eine formale Ebene des Einflusses über die mächtigen Komplizen war.<sup>179</sup>

Nach einer pro-Regime orientierten Studie des Strategieinstituts unter dem Präsidenten Aserbaidschans (SAM) gilt die YAP als einzige Partei, die die Phase der Parteiinstitutionalisierung erfolgreich abgeschlossen hat. Angeblich ist der Misserfolg der anderen Parteien umgekehrt mit ihrer nicht gelungenen Institutionalisierung zu erklären.<sup>180</sup> Heinrich schreibt zur Charakterisierung der Parteienlandschaft in Aserbaidschan:

„A diversity of opposition parties has gradually developed in Azerbaijan. However, few of them have any real influence on political life because most of them are small, underfunded, and not well known to the public. Most of the major opposition parties have their roots in the Popular Front from the early years of independence; the differences among them centre more on the personalities of their leaders than on political ideology. The opposition parties with the largest degree of popular support are Musavat, Azerbaijan Popular Front Party, Azerbaijan National Independence Party and the Democratic Party of Azerbaijan.“<sup>181</sup>

Durch das Ausbleiben der Parteipolitik und der Verdrängung der oppositionellen Parteien hat sich das Monopol einer einzigen Partei, einer Scheinpartei, durchgesetzt.<sup>182</sup> In der zweiten Periode der Herrschaft von Ilham Aliyev sank auch der Mo-

---

177 Alkan (2010), S. 183.

178 Suleymanov (2004), S. 61-62.

179 „Ich will Euch versichern, dass sowohl Ilham Aliyev als auch die Neue Aserbaidschansche Partei viel Arbeit für den Wohnstand und die Entwicklung unseres Landes leisten und die würdigsten Söhne unseres Volkes um sich vereinen werden.“ *Heydər Əliyev yolu davam edəcək*, Bizim Əsr Qəzeti 22.10.2003.

180 Allahyarova/Mammadov (2010), S. 87.

181 Heinrich (2010), S. 14.

182 Als sich eine Journalistin für eine der „Führerparteien“ interessierte, war der Parteivorsitzende über die Plötzlichkeit des Interesses für seine Partei überrascht. Der Vorstand der Partei argentierte gegenüber der Journalistin: „Es ist ehrenhaft, als Zwergpartei den nationalen Interessen des Volkes zu dienen, anstatt von Amerika und Russland als Tiger oder Zyklop abhängig zu sein.“ Der Parteivorsitzende führte weiter aus: „Als uns vom Steuerministerium das Einschreiben zur Steuerzahlung geschickt wurde, meldeten wird zurück: ‚Bei uns bekommt keiner Gehalt.‘ In Aserbaidschan gibt es Parteien, die keinen

bilisierungsgrad der herrschenden Partei, während die Politikführung auf Ministerebene in den Vordergrund rückte. Die Partei Neues Aserbaidschan hält ihre Vollversammlungen nicht mehr regulär ab. Unter dem Vorzeichen der sinkenden politischen Rolle der Partei gab es Proteststimmen der parteiinternen Kräfte, die gegen das Präsidentenamt und dessen Amtsführer Mehdiyev ihre Stimme erhoben.<sup>183</sup> In den Worten des Abgeordneten Fazil Mustafa deutet das lange hinausgezögerte Gesetz über die Staatsfinanzierung der Parteien auf das Desinteresse der Regierung an der Stärkung der Partei der Macht hin.<sup>184</sup>

2003 wurde ein innerparteilicher Kampf inszeniert. Die Partei „Neues Aserbaidschan“ war dabei angeblich in zwei Flanken geteilt; zum einen die Heydar Aliyev unterstützende Gruppe der „treuen“ Parteimitglieder, darunter auch die Gründungsmitglieder der YAP und andererseits eine Gruppe, die sich als Reformer (*islahatçı*) bezeichnete und die Ineffektivität der früheren und veralteten Führungsmethoden anprangerte.<sup>185</sup> Diese scharten sich angeblich um Ilham Aliyev und bildeten die jüngere Generation der Partei.<sup>186</sup> Mehdiyev, der Hauptideologe des Regimes konstatierte den Ausgang des Kampfes in der Herausbildung „einer flexiblen und effektvollen Struktur, die eine Erfahrung in der Übereinstimmung der Innovation mit der Traditionsererbung und einer gegenseitig bereichernden Kooperation zwischen den jungen und den älteren Kadern innerhalb der Partei hervorbringt.“<sup>187</sup> Es hieße weiter, dass „eine stille Revolution die neue soziale Kraft der Manager und Technokraten entstehen ließ.“<sup>188</sup> Der vermeintliche Ideenkampf stellte sich jedoch als eine Balgerei um Ressourcen heraus.

#### 4.4.1 Die entwertete Parteimitgliedschaft

Die Partei der Macht in Aserbaidschan hält an einigen informalen Praktiken der früheren Kommunistischen Partei fest. Ein Beispiel ist hierbei die Fortsetzung der vorgaukelten Parteimitgliedschaft. Die YAP wäre bei ihrer Gründung kaum als eine

---

Cent auf ihrem Bankkonto haben, die über keinen Parteisitz verfügen und die man nur kennt, weil man den Parteichef kennt.“ *Kadr partiyasi*, Azadlıq Radiosu 29.06.2009.

183 *Azerbaijan: President Presses Generational Change Within Governing Party*, Eurasia Insight 09.04.2007.

184 *Fazil Mustafa: Hakimiyət heç YAP-in güclənməsində maraqlı deyil*, Yeni Musavat 30.01.2012.

185 Cornell (2000), S. 11.

186 *Azerbaijan: President Presses Generational Change Within Governing Party*, Eurasia Insight 09.04.2007.

187 Mehdiyev (2003), S. 41.

188 Ebenda.

Partei der begeisterten Kommunisten, die ihren Idealen folgten, zu bezeichnen. Sie wurde als Sammelbecken der metamorphosierten Kommunisten und der Geschäftselite aus Nakhichevan gegründet.<sup>189</sup> Von der Kommunistischen Partei unterschied sie sich vor allem dadurch, dass sie die Marktwirtschaft unterstützte und vielmehr im Geiste der nationalen Souveränität aufwuchs.<sup>190</sup> Die Mitglieder sahen ihre Parteizugehörigkeit als eine Form des Loyalitätsbekenntnisses zur Linie Heydar Aliyevs an.<sup>191</sup>

In der aserbaidschanischen Bevölkerung stellt das inszenierte Vormachen der Parteizugehörigkeit als eine Überlebensstrategie in der täglichen Begegnung mit dem Staat dar. Die Mitgliedschaft in der YAP bringt selektive Vorteile für Gruppen wie Staatsbeamte, Lehrer und Studenten in Form von Stipendien und Lohnerhöhungen oder Prämienausschüttungen mit sich.<sup>192</sup> Auch die Unternehmer erhoffen sich durch die Parteimitgliedschaft einen Schutzschild gegen die Eingriffe der kontrollierenden Staatsorgane. Oft werden die Mitarbeiter öffentlicher Behörden, Krankenhäusern, Universitäten, Kindergärten oder auch Studenten ohne davon zu wissen, in die Partei eingeschrieben. Jeder, der sich für das erste Studienjahr an der staatlichen Universität einschreibt, wird in die Parteimitgliederliste aufgenommen, oftmals geschieht dies mit dem Erreichen des 18. Lebensjahr. Am 2. Februar 2010 zelebrierte die Partei ihr 500.000. Mitglied.<sup>193</sup>

Die Parteimitgliedschaft fordert auch von den Mitgliedern nicht die absolute Hingabe an die Ziele der Partei. Man registriert sich als Parteimitglied, obwohl man politisch die oppositionellen Parteien und Organisationen unterstützt. Auch die Nutzung der offerierten Vergünstigungen gilt nicht immer als gesichert, vielmehr legt die Partei ihre Priorität auf loyale Neutralität ihrer formal-registrierten Mitglieder und auf Zahlenstatistik.<sup>194</sup> Die YAP schöpft hierbei Mitgliederbeiträge ab, die angeblich für diverse Parteizeremonien ausgegeben werden, tatsächlich aber als informale Abgaben in geheimen Kassen landen.<sup>195</sup>

Die Partei der Macht lässt eigene Klientel durch die Allokation der Karriere-möglichkeiten gewinnen.<sup>196</sup> Die Loyalität bildet sich hierbei aus Kosten-Nutzen-

---

189 Die herrschende Partei in Aserbaidschan wurde am 21. November 1992 in Nachitschewan gegründet.

190 Schaffer (2004), S. 87-88.

191 Auch (1999), S. 97-98.

192 Der öffentliche Sektor bleibt noch groß und die Universitäten in Aserbaidschan sind auch öffentliche Anstalten.

193 *Heç Kommunist Partiyası 500 minə iddia etməmişdi*, Azadlıq Radiosu 03.02.2010.

194 Fenz (2004), S. 188; Ishiyama (2008), S. 49.

195 *Ela hər ay yığırlar...* Azadlıq Radiosu 02.12.2008.

196 Geddes (1999), S. 134-135.

Erwägungen. Die formal geregelte Angehörigkeit zur Partei erzeugt eine strukturelle und sichtbare Loyalität zum Regime.<sup>197</sup> Stykow schreibt der „Partei der Macht“ die Rolle zu, „die Institutionalisierung des Regimes durch die herrschende Elitegruppe“ zu übernehmen.<sup>198</sup> Die Partei der Macht erfüllt neben der monopolistischen Kontrolle auch die Rolle, alternativen Kräftekonsolidierungen im Politikspektrum vorzubeugen.<sup>199</sup> Wie Magaloni schreibt, ist ihre dominante Stellung als Anreiz genug, damit sich die Teile der Elite der Partei der Macht anschließen:

„As long as the autocratic party holds the monopoly of power positions and remains the ‚only game in town‘, there will be strong incentives for the rank-and-file to join the ruling party, perform their services, and remain loyal over the long run.“<sup>200</sup>

Die Langlebigkeit der Partei der Macht erwächst aus den Investitionen der Herrschaftselite, die sich in die Verpflichtungen einspannen lässt.<sup>201</sup>

Während der Präsidentschaft Ilham Aliyevs wurde die Partei der Macht Schritt für Schritt unbedeutender, so dass ihre Existenz nunmehr nur noch als Mittel der Koordination und Disziplinierung der Herrschaftsklientel zur Geltung kommt. Die Regulierung der tagtäglichen Politik geriet, wie bereits beschrieben, unter die Zuständigkeit der Präsidialverwaltung, indem die Einflussnahme mit pro-präsidentieller Mehrheit im Parlament und der von der Exekutive gesteuerte Wählerfang im Oppositionslager zum Tragen kommen.<sup>202</sup> Die Partei der Macht übernimmt damit die Funktion der Wahlereinschüchterung und der Stimmenauszählung zu eigenen Gunsten.<sup>203</sup> Die Partei der Macht in Aserbaidschan etablierte sich zu einer Organisation der informalen Ressourcenverteilung, die die Treue der Elite in Übergangszeiten zu garantierten bezweckt. Das Regime pflegt eine Kultur der Einstimmigkeit für seine Parteigetreuen.

---

197 Brownlee (2007), S. 12-13.

198 Stykow (2011), S. 51.

199 Gel'man (2008), S. 918.

200 Magaloni (2008), S. 24-25.

201 Reuter/Remington (2009), S. 506.

202 Pleines (2008), S. 365.

203 Reuter/Remington (2009), S. 503.

#### **4.4.2 Wahlen – die informale Abstimmungsorganisation unter der Patronage der Partei der Macht**

Die Wahlen in einer Diktatur werden als Möglichkeit anerkannt, die Ressourcen umzuverteilen, wodurch unterschiedliche Kräfte, wenn auch einschränkend, Einfluss auf die Macht des Diktators ausüben können.<sup>204</sup> Die Wahlen in Aserbaidschan sind Anlass, dem Präsidenten und dem Regime den Schulterschluss der Parteianhänger (und der regionalen Exekutivleiter) unter Beweis zu stellen. Die Aufgabe besteht darin, die Wahlen so zu inszenieren, dass die Wahlabstimmung im Interesse des Regimes ausfällt und nach einem vorbereiteten Szenario abläuft. Die Partei fungiert als das weisungsgebende Organ für die lokalen Wahlveranstalter, an deren Organisation Schuldirektoren, Betriebsleiter, Angestellten, Lehrer teilnehmen. Sie sind durch ihre Mitgliedschaft in die Partei eingebunden und verstehen ihre Rolle als die Organisatoren der Scheinwahlen. Im Prinzip ziehen die in die informale Verwalterrolle der Wahlen unterwiesenen Lokalbehörden den meisten Profit daran. Sie können dem Regime abermals ihre Loyalität erweisen und dafür ihre Lizenz für die Kommerzialisierung der staatlichen Dienste, geschützt vor dem Kontrolleingriff höherer Behörden, weiter ausführen.

Eine kuriose und wie eine Fabel sich zugetragene Episode war die Aussage eines Abgeordneten, dem sogar die in fünf Jahren einmal stattfindende Abwahl des Parlaments unbehaglich erschien, der gewiss schon Bescheid wusste, dass er für die nächste Wahlperiode nicht auf der „Wahlliste“ stand. Die Rede erntete sogar Amusement bei den Pro-Regierungsabgeordneten.

Am 13. November 2009 meldete sich das sonst immer schweigende YAP-Parteimitglied, der Abgeordnete Aydin Hasanov, zu Wort. Im Parlament wurde dabei über das Staatliche Fondsbudget für soziale Sicherheit debattiert, jedoch bezog sich der Abgeordnete auf die bevorstehenden Parlamentswahlen im Jahr 2010:

„Ich halte es nicht für richtig, 50 Millionen Manat für die Parlamentswahlen im nächsten Jahr auszugeben. Diese Geldsumme kann man doch zur Erhöhung des Rentengelds benutzen. Welchen Sinn macht es, die Parlamentswahlen abzuhalten? Weshalb braucht man so viel Geldaufwand und noch dazu die Einladung internationaler Beobachter? Unser Land befindet sich im Kriegszustand. Ich schlage vor, die Wahlen aufzuschieben und die Zusammensetzung der Abgeordneten so beizubehalten, wie jetzt, solange der Bergkarabach-Konflikt ungelöst ist. Hier sitzen die würdigsten Vertreter des Volkes und einer von denen bin ich.“<sup>205</sup>

---

204 Magaloni (2008), S. 15.

205 „Kakoj rezon provodit vybory v parlament?“ Azadliq Radiosu 13.11.2009.

Wenn man die abstrusen Worte dieses Abgeordneten frei interpretieren würde, heißt dies, dass selbst der Parlamentarier einer Volksvertreterwahl kein Glauben schenkt, da sie im Praktischen den Sinn einer „Pfründe“ vermittelt und nicht auf die Leistung als Volksrepräsentant beruht. Die Partei der Macht ist ein informaler Anker zur Bündelung der Interessen innerhalb des Regimes und besonders stark tritt durch ihre Wirkungsmächtigkeit während der Wahlen in den Vordergrund. Die Partei steigt zu einem Sprachrohr des Regimes auf, dabei lässt Ilham Aliyev gezielt keinen Dialog mit der bestehenden Opposition stattfinden. Die Partei der Macht ist keine autonome Selbstorganisation, sie ist eine Erweiterung des Regimeapparats. Die Einflüsse auf die Institutionen des Staates, regionalen Büros und auf die Wahlkreise während des Wahljahrs und -tages, mit dazu berufenen inoffiziellen Arbeitern und ihren Aufgaben werden als anerkannte informale Mittel der Parteipolitik verstanden und interpretiert. Die Partei der Macht in Aserbaidschan ist ein anschauliches Beispiel für die Scheinheiligkeit der formalen Institutionen, indem die Parteienpluralität, gar der Kräftewettbewerb in der Politik inszeniert wird.

#### 4.4.3 *Yüzbaşı*

Die im Wahljahr wiederholt durchgeführte Mobilmachung der Parteaktivisten erlangte eine Systematik in Aserbaidschan. Die Wahlorganisation erinnert an die sowjetischen Praktiken der Aufbietung der Massen. So werden die Menschen aktivsweise zur Abstimmung aufgerufen, um eine hohe Wahlbeteiligung zu bescheinigen. Damit reicht eine äußerlich gute Bilanz der Wahlbeteiligung aus, um die Wahlen als den Sieg des Regimes zu präsentieren; bedenklich wäre es, wenn die Wahlen boykottiert würden, also keine oder nur eine geringe Wahlbeteiligung vorläge.

*Yüzbaşı* ist der informale Leiter während der Wahlorganisation (Kopf von Hunderten; ein Ableitungswort vom Türkischen Militärtitel). Ihm werden ungefähr 100 Wähler zuteil. Faktisch handelt es sich um die Mobilisierung der Wähler, die in hundertköpfigen Gruppen einem *Yüzbaşı* des Bezirks überantwortet werden. Die Wähler des Bezirks bleiben durch alle Jahre hindurch unter der Weisung und Betreuung der *Yüzbaşı*. Yashar Abdullayev arbeitet als Buchhalter im Dorf Gahramanli (*Qəhrəmanlı*) des Imishli Rayons. Das Dorf hat etwa 981 potentielle Wähler. Der Wahlbezirk Nr. 80 des 47. Imishli-Beylagan Wahlkreises befindet sich in diesem Dorf. Wie Yashar Abdullayev angab, hatte er sich verpflichtet, 100 der Wähler am

7. November 2010 zu den Parlamentswahlen aufzurufen [besser geeignet ist das Wort ‚auftreiben‘ oder unmittelbar ‚mitführen‘]. Zu meiner Verfügung stehen 100 Wähler, sagte er dem Journalisten, 53 Männer und 47 Frauen.<sup>206</sup>

Wie sich die Inszenierung der Wahlabstimmung in ihrer informalen Ausprägung auf die Wahlergebnisse auswirkt, verriet ein Wahlkandidat dem Verfasser:

„Bei den Wahlen im vergangenen Jahr meldete ich meine Kandidatur im Wahlbezirk 16, Yasamal (Bakuer Bezirk) an. Es gab keine groben, offensichtlichen Wahlverstöße, auch die Polizei hat sich nicht eingemischt. Im Gegensatz zu den früheren Wahlen könnte man definitiv sagen, dass diese Wahlen [in dem Wahllokal] besser organisiert waren. Die Stimmzettel hat man nicht haufenweise in die Wahlurne eingeworfen. Vielleicht galten die Wahlen deshalb in der Berichterstattung der internationalen Beobachter als eine Spur transparenter und fairer.<sup>207</sup> Und die Stimmen wurden relativ korrekt ausgezählt, ohne eine grobe Fälschung. Nur eines stimmte nicht. Nicht weit entfernt vom Wahlkreis gab es einen Armeestützpunkt. Die Soldaten von diesem Stützpunkt marschierten wie in einem Chororchester in die Wahlkabinen und stimmten für den Kandidaten der Regierung ab. Danach wurde uns bekannt, dass man den Soldaten den Kandidatennamen verraten hatte, für den sie ihre Stimme abzugeben hatten. Die administrativen Ressourcen fielen ins Gewicht. [...] Der Exekutivleiter forderte ein Tag zuvor alle Ärzte, Lehrer und Schuldirektoren in die Versammlungshalle der Exekutivbehörde ein und gab ihnen die Information weiter, für wen die Stimmabgabe sein soll. Unsere Klage bei der Zentralen Wahlkommission hatte keinen Nutzen. Der stellvertretende Exekutivleiter war gleichzeitig der Bezirksabteilungsleiter der Partei Neues Aserbaidschan. Erklärt wurde alles als Parteitreffen mit den Mitgliedern und Aktivisten. Entgegenzusetzen wäre nichts, denn es war auch ein innerparteiliches Treffen und stand im Einklang mit der gesetzlichen Verfahrensordnung.“<sup>208</sup>

Die geschickte Nutzung der informalen Praktiken machen die unerwünschten Kandidaten wehrlos, denn die Machthaber appellieren an die formalen Vorlagen. Solche Handlungen der Machthaber bieten eine Parallelle mit den von Gel'man aufgeführten Studien zum Wahlverfahren in Russland, wie Vladimir Milov, einem der Oppositionsführer von der Partei „Solidarität“ die Wahlregistrierung verweigert wurde,

---

206 „Yüzbaşı“ Yaşarla söhbət... Azadlıq Radiosu, 12.10.2010.

207 Die Bewertung der OSCE/ODIHR der Wahlen in Aserbaidschan vom Jahr 2005 lautete, dass Aserbaidschan einen Schein der Vielfalt der Parteienrepräsentanz in der Wahlkommission wahren konnte, jedoch die Wahlentscheidung unter der Kontrolle des Regimes blieb. *Parliamentary Election in Republic of Azerbaijan OSCE/ODIHR Needs Assessment Mission Report*, Freedom House 10.06.2005.

208 Interview mit Nazim Muzaffarli, 02.04.2008.

unter dem Vorwand, dass seine gesammelten Unterschriften bei der Gültigkeitsprüfung durchfielen. Es war eine Willküraktion, die ganz im Rahmen der formalen Prozedere war. Die Funktionäre in der Wahlkommission beriefen sich auf das formale Wahlgesetz. Das Wahlgesetz diente somit nicht dazu, einen demokratischen Wahlwettkampf zu organisieren, sondern wurde zu einer informal ausgeschalteten Formalie, um die Wahlregistratur potentieller Opponenten zu verhindern.<sup>209</sup> Damit stehen die formalen und informalen Mechanismen nicht direkt gegeneinander, sondern bilden eine Symbiose, denn faktisch fügt sich eine informale Gestaltung der Wahlprozedur, in der der „gewünschte“ Kandidat als Wahlsieger hervorgeht, in das formale Gesetzesgefüge des Wahlsystems ein.<sup>210</sup>

Die informale Politik in Aserbaidschan stützt sich auf die formalen Gewaltinstrumente, so wie es in der Staatsverfassung reglementiert wird. Furman und Badalov/Mehdi erblicken in der Fassadenhaftigkeit der Verfassungsorgane das Täuschungsmanöver der aserbaidschanischen Machthaber. Somit wird die externe Legitimation des Regimes erlangt, da der aserbaidschanische Staat für die Ölförderung bei den internationalen Finanzinstitutionen und Industriegesellschaften einen besseren Ruf zu erstreben versucht, um seine Glaubwürdigkeit als Handelspartner zu garantieren.<sup>211</sup> Eine dosierte und selektiv eingesetzte Formalität in der Politikführung gilt als Machthebel und wird zur Disziplin innerhalb der internen Hierarchie bevorzugt.

Die historischen Parallelen und der Rückblick auf die politischen Geschehnisse zeigten, wie sich die Informativität aufgrund spezifischer Machtkalküle als probates Mittel des Missbrauchs staatlicher Strukturen stilisierte. Die sich so ergebende „Effektivität“ der abwechselnden formalen und informalen Ermächtigung mündet in den Versuchen der Ausschaltung der politischen Gegner, wobei sich die herrschaftsprivilegierten Machthaber die Opportunitätsstrukturen der formalrechtlichen Ordnung zunutze machen, um den eigenen politischen Aufstieg zu ermöglichen.<sup>212</sup> Der Widerwille mit fairen Regeln zu spielen und das Bestreben, als Konkurrenten antretenden Kräften die Möglichkeit zum Zugriff auf die Staatsressourcen zu verwehren, leiten sich vom absolutistischen Anspruch der herrschenden Elite ab. Cornell verweist dabei auf die Erkenntnis des Regimes aus den 90er Jahren, welche be-

209 Gel'man (2010), S. 4.

210 Ebenda, S. 7.

211 Vgl. Furman (2006); Badalov/Mehdi (2005).

212 Merkel/Croissant (2000), S. 21.

sagt, dass das Gewaltmonopol ohne weiteres vom Regime „geschützt“ werden sollte, um somit kontrollierbare und überschaubare Verhältnisse innerhalb der Elite zu schaffen.<sup>213</sup>

---

213 Cornell (2011), S. 167.